



Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009

Inhalt

- 5 So funktioniert die Ärztekammer
- 7 Delegiertenversammlung
- 10 Vorstand
- 12 Ärztliche Weiterbildung
- 22 Akademie für Fort- und Weiterbildung
- 30 Ärztliche Berufsausübung
- 36 Medizinische Fachangestellte (MFA)
- 40 Qualitätssicherung
- 44 Ethikkommission
- 45 Lebendspendekommission
- 46 Krankenhauswesen
- 47 Prävention
- 50 Ausschuss Ärztinnen
- 51 Schlichtungsausschuss
- 51 Neue Versorgungsformen
- 52 Öffentlichkeitsarbeit
- 55 Wirtschaftliche Lage der Ärztekammer
- 57 Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen
- 59 Bezirksstelle Bremerhaven
- 60 Mitgliederstatistik
- 64 Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen
- 66 Mitgliederstatistik
- 71 Gremienverzeichnis
- 74 Gremien der Ärztekammer Bremen
- 84 Bezirksstelle Bremerhaven



Liebe Kolleginnen und Kollegen



auch in diesem Jahr legen wir Ihnen wieder einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vor, aus dem Sie viele Einzelheiten unserer Kammerarbeit entnehmen können. Wir – das sind der Vorstand und die Geschäftsführung – sehen es als unsere Aufgabe an, Sie ausführlich über die Themenschwerpunkte und Aufgaben der von Ihnen finanzierten Kammer aus dem Jahr 2009 zu informieren.

Wir haben den Tätigkeitsbericht in diesem Jahr für Sie neu gestaltet: neben einer größeren Zahl an graphischen Darstellungen und knapperen Textpassagen finden Sie im Anhang diejenigen Kammermitglieder, die sich in den Gremien der Ärztekammer Bremen und der Bundesärztekammer ehrenamtlich engagieren. Ich hoffe, dass es für Sie auf diese Weise einfacher ist, den richtigen Ansprechpartner für Ihre Anliegen zu finden.

Gesundheitspolitisch war das vergangene Jahr geprägt durch den Wahlkampf und die Bundestagswahl im Herbst 2009. Der Regierungswechsel und insbesondere der neue Gesundheitsminister weckten bei der Ärzteschaft die Hoffnung auf einen neuen, partnerschaftlichen und fairen Umgang. Jetzt – ein knappes Jahr später – hat sich Ernüchterung breit gemacht. Zwar sind die Töne, die aus dem Bundesgesundheitsministerium kommen, verbindlicher als früher. In der Sache aber haben wir Ärztinnen und Ärzte nicht viel zu erwarten: die finanziellen Defizite in der Gesetzlichen Krankenversicherung werden mit den altbekannten Mitteln bekämpft: Erhöhung der Versichertenbeiträge auf der einen und Ausgabendeckelung im ambulanten und stationären Bereich auf der anderen Seite. Innovative Gesundheitspolitik ist das nicht!

Es ist vor allem keine Gesundheitspolitik, die ein positives Signal an den ärztlichen Nachwuchs senden würde. Solange die politisch Verantwortlichen nicht bereit sind, ehrlich zu diskutieren, wie viel Gesundheitsversorgung wir uns zukünftig zu welchem Preis leisten wollen, wird der ärztliche Nachwuchs ins Ausland oder in arztfremde Bereiche abwandern. Die Folgen spüren wir auch in Bremen besonders in den Krankenhäusern bereits heute.

Bei der ehrenamtlichen Kammerarbeit spüren wir zum Glück den Ärztemangel noch nicht. Noch immer gibt es viele Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Gremien der Ärztekammer engagieren. Einen kleinen Überblick gibt Ihnen das Gremienverzeichnis

im Anhang dieses Berichts. Auf Grund ihrer großen Zahl konnten wir leider die ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer, die sich bei den Facharzt- und den MFA-Prüfungen engagieren, nicht einzeln nennen. Allen, die im Jahr 2009 durch ihre Mitarbeit zu einer funktionierenden und lebendigen Selbstverwaltung aktiv beigetragen haben, danke ich ganz herzlich.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie viel Interessantes in diesem Bericht lesen, der Sie vielleicht auch dazu motiviert, die Kammerarbeit aktiv zu unterstützen.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Klaus-Dieter Kuhn". The signature is written in a cursive style.

Präsident



So funktioniert die Ärztekammer

Alle approbierten Ärztinnen und Ärzte, die im Lande Bremen ihren Beruf ausüben oder – falls sie nicht mehr arbeiten – hier ihren ersten Wohnsitz haben, sind Mitglieder der Ärztekammer Bremen. Sie alle wählen alle vier Jahre die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen.

Die Delegiertenversammlung

30 gewählte Ärztinnen und Ärzte – davon kommen fünf aus Bremerhaven – bilden das Kammerparlament, die Delegiertenversammlung. Sie treffen alle grundsätzlichen politischen, strukturellen und finanziellen Entscheidungen der Ärztekammer Bremen. Die Delegiertenversammlung beschließt den jährlichen Haushaltsplan, die Satzungen und ihre Änderungen wie z.B. Gebührenordnung, Weiterbildungsordnung, Fortbildungsordnung oder Berufsordnung. Außerdem wählen die Delegierten den Vorstand, die Delegierten für den Deutschen Ärztetag und die Mitglieder der Ausschüsse. Die Delegierten diskutieren berufspolitische Entwicklungen und entscheiden über wegweisende berufspolitische Fragen.

Der Vorstand

Der Vorstand wird von der Delegiertenversammlung zu Beginn der Legislatur gewählt. Er besteht aus Präsident und Vizepräsident und drei Beisitzern. Seine Mitglieder, insbesondere aber Präsident und Vizepräsident, sind die politische Außenvertretung, das Sprachrohr der Kammer. Außerdem führt der Vorstand die laufenden Geschäfte der Kammer. Er entscheidet über die thematischen Schwerpunkte der Kammerarbeit und trifft wesentliche Verwaltungsentscheidungen im Bereich der Weiterbildung und der Berufsordnung.

Weitere ehrenamtliche Gremien

Neben den beiden Hauptgremien gibt es in der Ärztekammer Bremen derzeit 19 Ausschüsse und sonstige Gremien. Sie bereiten Entscheidungen der Delegiertenversammlung oder des Vorstands vor und geben Empfehlungen ab. Die Ausschüsse werden von der Delegiertenversammlung zu Beginn einer Amtsperiode für vier Jahre gewählt.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter

Die 20 hauptamtlichen Mitarbeiter, an deren Spitze die Hauptgeschäftsführerin steht, unterstützen den Vorstand bei seiner Arbeit. Sie erledigen das Tagesgeschäft, indem sie Befugnis- und Anerkennungsanträge bearbeiten, Fortbildungsveranstaltungen organisieren, Veranstaltungen anerkennen, Punktekonto und das Arztregister führen, die Gremiensitzungen organisieren, Ausbildungsverträge eintragen, rechtlichen Rat erteilen, die EDV weiterentwickeln und viele Tätigkeiten mehr.

Die Namen der aktuellen Delegierten finden Sie im Anhang und auf unserer Homepage www.aekhb.de

Alle Bremer Ärztinnen und Ärzte können in den Ausschüssen mitarbeiten, gleichgültig, ob sie Delegierte sind oder nicht.

Die Aufsichtsbehörde

Die Ärztekammer Bremen ist bei ihrer Verwaltungstätigkeit an Recht und Gesetz gebunden. Den Rahmen der Kammerarbeit bildet das Bremische Heilberufsgesetz. Aufsichtsbehörde ist die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.

Ehrenamtliches Engagement in der Ärztekammer

Die Selbstverwaltung braucht das ehrenamtliche Engagement der Kammermitglieder. Ärztinnen und Ärzte, die Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit in der Delegiertenversammlung haben, nehmen in der Regel Kontakt mit den berufspolitischen Listen auf, die in der Delegiertenversammlung vertreten sind. Die Listenmitglieder treffen sich regelmäßig zum Austausch. Die Ansprechpartner der Listen, die zur Zeit in der Delegiertenversammlung vertreten sind, finden Sie im Anhang.

Die Mitarbeit in den Ausschüssen der Kammer ist unabhängig von einem Mandat in der Delegiertenversammlung möglich. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Geschäftsführung.

Der zahlenmäßig größte Teil der Kammermitglieder engagiert sich als Prüfer im Bereich der Weiterbildung und der Medizinischen Fachangestellten.



Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung kam im Jahr 2009 zu vier Sitzungen zusammen. Mit folgenden thematischen Schwerpunkten hat sich die Delegiertenversammlung beschäftigt:

Die Situation der Organtransplantation in der Organspenderegion Nord, insbesondere Bremen

Über die Situation der Organtransplantation in der Organspenderegion Nord informierte Frau Tietz die Delegierten. Frau Tietz ist zuständige Mitarbeiterin der DSO für die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein und Bremen. Sie berichtete ausführlich über Zahlen, Daten und Fakten zu Organtransplantationen und stellte fest, dass insgesamt Bremen führend in Organspenden ist, in der Statistik bei fehlenden Einwilligungen allerdings den größten Anteil hat. Insbesondere im Klinikum Bremen-Mitte sei ein starker Rückgang von Transplantationen zu erkennen. In der sich anschließenden Diskussion über die Spendenbereitschaft und die Gründe einer ablehnenden Haltung berichtete sie, dass sich laut Umfrageergebnissen 70 % der Befragten zu einer Organspende bereit erklären, die Mehrheit sich allerdings konkret nicht festlegen würde.

Eine andere Sichtweise trug Herr Dr. med. Langenbeck vor, der seit 2001 am Rotes Kreuz-Krankenhaus Transplantationsbeauftragter ist. Er berichtete aus seiner umfangreichen Tätigkeit, insbesondere über die Ausnahmesituation für Angehörige, die plötzlich von ihrer Hoffnung auf Genesung auf das Unausweichliche stoßen und gleichzeitig auf eine Organspende angesprochen werden. Er schilderte den Verlauf nach einer Einwilligung der Angehörigen oder der Betroffenen zu Lebzeiten, die Organisationsaufgaben von Beginn bis zur Realisierung und den Aufwand für kurzfristig angesetzte Operationen.

Nachdem zu Beginn seiner Tätigkeit eine gewisse Skepsis bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu spüren gewesen sei, sei die Akzeptanz heute deutlich gestiegen.

Die Mitglieder der Delegiertenversammlung finden Sie im Anhang auf S. 75.

Zweistufiges Normsetzungsverfahren – Änderung der Musterweiterbildungsordnung

Im Rahmen des so genannten zweistufigen Normsetzungsverfahrens diskutierten die Delegierten die geplanten Änderungen der Musterweiterbildungsordnung, über die der 113. Deutsche Ärztetag 2010 in Dresden beraten wird. Das zweistufige Normsetzungsverfahren hatte der Vorstand der Bundesärztekammer 2007 beschlossen, um eine Harmonisierung der Kammersatzungen in den wesentlichen Punkten zu erreichen. Die frühzeitige intensive Diskussion von anstehenden Änderungen der Musterordnungen – z. B. der Musterweiterbildungsordnung oder der Musterberufsordnung – ermöglicht eine breite Basis der Meinungsbildung und eröffnet zugleich die Gelegenheit, Bedenken frühzeitig zu artikulieren, sie auf die Bundesebene zurück zu melden, um ihnen dort Rechnung zu tragen. Am Ende dieses Prozesses sollen Mustersatzungen stehen, die Landesärztekammern in ihren grundlegenden Teilen einheitlich umsetzen.

Inhaltlich stand 2009 die Wiedereinführung des Gebiets der Allgemeinmedizin im Mittelpunkt, die die Bremer Delegierten mit großer Mehrheit befürworteten.

Neuordnung des Prüfungswesens für die Medizinischen Fachangestellten

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Delegiertenversammlung war die finanzielle Neuordnung des Prüfungswesens für die Medizinischen Fachangestellten. 2006 war die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung in Kraft getreten, die aus den früheren Arzthelferinnen nunmehr Medizinische Fachangestellte machte. Damit verbunden war nicht nur eine neue Bezeichnung, sondern auch eine grundlegende Modernisierung der Ausbildungsinhalte und der Prüfungsanforderungen. Nachdem 2009 der erste Prüfungsjahrgang nach der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung antrat, mussten auch die finanziellen Bedingungen für die neue, weitaus aufwändigere Prüfung überarbeitet werden.

So haben sich Inhalt und Umfang der schriftlichen Prüfung, aber vor allem auch der praktischen Prüfungen mehr als verdoppelt. Die bisherige Aufwandsentschädigung konnte den Einsatz, den die Prüfer unter der neuen Prüfungsordnung leisten müssen, nicht angemessen abbilden. Die Delegierten beschlossen deshalb mehrheitlich eine Anpassung und Anhebung der Prüferentschädigung für diesen Bereich.



Haushalt und Finanzen

Die Finanzhoheit ist ein wesentliches Element der Autonomie der ärztlichen Selbstverwaltung. Sie liegt bei den Delegierten der Ärztekammer Bremen.

Die Delegiertenversammlung entschied in ihrer Sitzung am 22. Juni 2009 über den Jahresabschluss 2008 und entlastete den Vorstand auf der Grundlage des vorgelegten Abschlusses. Einzelheiten zu den Finanzen des Berichtsjahres 2009 finden Sie in diesem Bericht unter dem Punkt „Finanzen“. Zudem beschloss sie in ihrer Sitzung am 23. November 2009 den Haushalt für das Jahr 2010 und setzte den Hebesatz zur Ermittlung des Ärztekammerbeitrags für das Jahr 2009 auf 0,52 % fest. Der Hebesatz konnte damit konstant gehalten werden.

Schließlich stellte die Delegiertenversammlung den Jahresabschluss 2008 des Versorgungswerkes der Ärztekammer Bremen fest und entlastete den Aufsichts- und Verwaltungsausschuss.

Vorstand

Der Vorstand der Ärztekammer Bremen setzte sich im Jahr 2009 wie folgt zusammen:

| | |
|-----------------------|--|
| Präsident: | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche |
| Vizepräsidentin: | Dr. med. Heidrun Gitter |
| sowie drei Beisitzer: | Hubert Bakker Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Jörg Hermann. |

Im Jahr 2009 fanden insgesamt 6 reguläre Vorstandssitzungen und eine Klausurtagung statt. Folgende Themen waren dabei von zentraler Bedeutung:

Kammerjubiläum

2009 feierte die Ärztekammer ihr 50jähriges Jubiläum. Der Vorstand befasste sich intensiv mit der Konzeption des Jubiläumshefts des Bremer Ärztejournal und mit der Vorbereitung des Festaktes in der Oberen Rathaushalle.

Vorbereitung der Delegiertenversammlungen

Der Vorstand bereitete die Delegiertenversammlungen inhaltlich vor. Er erarbeitete und beriet sämtliche Vorlagen und Probleme, die in der Delegiertenversammlung zu diskutieren und zu entscheiden waren. Schwerpunkte waren die Änderung der Aufwandsentschädigung für die Prüfungen zur Medizinischen Fachangestellten sowie die für 2010 geplante Änderung der Weiterbildungsordnung.

Weiterbildung

Im Rahmen der Weiterbildung diskutierte und entschied der Vorstand regelmäßig über Fragen der ärztlichen Weiterbildung. Sämtliche Befugnisse zur Weiterbildung sowie sämtliche Zulassungen als Weiterbildungsstätte werden vom Vorstand ausgesprochen. Der Vorstand benennt alle Fachvertreter und Prüfer, die im Auftrag der Ärztekammer Bremen tätig werden. Außerdem beriet und entschied der Vorstand 22 Widersprüche gegen Weiterbildungsentscheidungen der Kammer.



Beteiligung an der Evaluation der Weiterbildung

Der Vorstand begrüßte den Entschluss der Bundesärztekammer, die Weiterbildung bundesweit zu evaluieren. Der Vorstand sprach sich klar für eine erneute Beteiligung der Ärztekammer Bremen aus. Bremen hatte bereits 2007 gemeinsam mit der Ärztekammer Hamburg die Weiterbildungssituation im Lande Bremen evaluiert und damit die bundesweite Evaluation initiiert.

Berufsordnung

Auch im Jahr 2009 waren Berufsordnungsmaßnahmen Gegenstand der Vorstandsberatungen. Ergaben sich aufgrund von Patientenbeschwerden, durch Informationen anderer Institutionen oder auch durch Strafverfahren Hinweise, dass ein Kammermitglied die Vorschriften der Berufsordnung nicht eingehalten haben könnte, beriet der Vorstand die Einzelfälle gemeinsam mit dem Justitiar der Kammer. Der Vorstand verhängte eine Rüge, die mit einer Geldauflage versehen wurde.

Haushalt und Finanzen

Ein wesentliches Steuerungselement des Vorstands ist die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans. Auch die kontinuierliche Überwachung der Einhaltung des Haushaltes ist eine der Kernaufgaben des Vorstands. Sie erfolgt über finanzielle Statusberichte, die die Geschäftsführung dem Vorstand regelmäßig jedes Quartal vorlegt. Dazu gehört ein Bericht über die Einnahmen aus Kammerbeiträgen und Gebühren, aber natürlich auch die Kontrolle der Ausgaben.

Medien- und Gremienarbeit

Die Vorstandsmitglieder sind Ansprechpartner der Medien zu gesundheitspolitischen und medizinischen Themen. Darüber hinaus führen die Vorstandsmitglieder Gespräche mit Vertretern der Institutionen im Gesundheitswesen und mit Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft. Die Mitglieder des Vorstandes vertreten die Kammer in der Öffentlichkeit sowie in verschiedenen Gremien der Bundesärztekammer. Die Mitglieder in den Gremien der Bundesärztekammer finden Sie im Gremienanhang.

Ärztliche Weiterbildung

Die Ärztekammer Bremen ist verantwortlich für die Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses im Lande Bremen. Sie legt über ihre Weiterbildungsordnung und dazugehörige Richtlinien fest, welche Qualifikationen mit welchem Inhalt und in welchem Zeitraum erworben werden können, um eine entsprechende Bezeichnung führen zu dürfen.

Die Ärztekammer legt fest, welche Ärzte überhaupt befugt sind, den ärztlichen Nachwuchs weiterzubilden. Ein zur Weiterbildung befugter Arzt muss persönlich und fachlich geeignet sein, eine bestimmte technische Ausstattung vorhalten und die in der Weiterbildung geforderten Inhalte auch tatsächlich vermitteln können. Am Ende der Weiterbildung nimmt die Kammer die Weiterbildungsprüfungen ab.

Die Mitglieder des Ausschusses „Ärztliche Weiterbildung“ finden Sie im Anhang auf S. 77.

Aus der Arbeit des Ausschusses „Ärztliche Weiterbildung“

Der Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ tagte im Jahr 2009 neunmal.

Die Zusammenarbeit von Verwaltung und ehrenamtlich tätigen Ärzten ist im Bereich der Weiterbildung besonders intensiv. So berät der Weiterbildungsausschuss nach intensiver Vorbereitung durch die Verwaltung die zahlreichen Einzelanträge der Kammermitglieder auf Anerkennung von Gebiets-, Schwerpunkt- und Zusatzbezeichnungen. Außerdem berät er die Anträge auf Erteilung von Befugnissen zur Weiterbildung. Hierbei bringen die Mitglieder neben ihrem medizinischen Fachwissen vor allem ihre Kenntnisse von den Versorgungsstrukturen ein.

Des Weiteren standen mehrfach Beratungen zur geplanten umfangreichen Änderung der Weiterbildungsordnung 2005 auf der Tagesordnung.

Anerkennungen

Im Jahr 2009 wurden 226 Anträge auf Anerkennung von Gebiets-, Zusatz- und Schwerpunktbezeichnungen gestellt. Jeder Antrag wird von der Verwaltung der Kammer vorgeprüft, bevor er im Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“ beraten wird. Hier erfolgt entweder eine Prüfungszulassung oder die Anträge werden abgelehnt.



Anerkennungen 2009

| | Erteilte Anerkennungen | nicht bestandene Prüfungen |
|--|------------------------|----------------------------|
| Anerkennung in Facharzt-, Schwerpunktcompetenzen | 143 | 4 |
| Anerkennung in Zusatzbezeichnungen | 55 | 2 |

Anerkennung von Bezeichnungen* in den Jahren 2008 und 2009

* ohne Zusatzbezeichnungen

| Gebiete und Schwerpunkte | 2008 | 2009 |
|---|------|------|
| Gebiet Anästhesiologie | 13 | 7 |
| Gebiet Arbeitsmedizin | 1 | 2 |
| Gebiet Augenheilkunde | 5 | 3 |
| Gebiet Chirurgie | | |
| – Allgemeinchirurgie bzw. Chirurgie gem. WbO '96 | 9 | 6 |
| – Gefäßchirurgie bzw. Schwerpunkt Gefäßchirurgie gem. WbO '96 | 2 | 1 |
| – Herzchirurgie bzw. Herzchirurgie gem. WbO '96 | 2 | – |
| – Kinderchirurgie bzw. Kinderchirurgie gem. WbO '96 | 1 | 1 |
| – Orthopädie und Unfallchirurgie | 9 | 8 |
| – Orthopädie gem. WbO '96 | 1 | 2 |
| – Schwerpunkt Rheumatologie gem. WbO '96 | 2 | – |
| – Schwerpunkt Unfallchirurgie gem. WbO '96 | 3 | 1 |
| – Plastische und Ästhetische Chirurgie bzw. Plastische Chirurgie gem. WbO '96 | 1 | 1 |
| – Visceralchirurgie bzw. Schwerpunkt Visceralchirurgie gem. WbO '96 | 2 | 2 |
| Gebiet Frauenheilkunde und Geburtshilfe | 3 | 13 |
| – Spez. Geburtshilfe u. Perinatalmedizin | 1 | 3 |
| Gebiet Hals-Nasen-Ohrenheilkunde | 6 | 2 |
| Gebiet Haut- und Geschlechtskrankheiten | – | 3 |

| Gebiete und Schwerpunkte | 2008 | 2009 |
|--|------------|------------|
| Gebiet Humangenetik | 1 | – |
| Gebiet Innere Medizin gem. WbO '96 | 18 | 17 |
| – (Innere und) Allgemeinmedizin bzw. Facharzt Allgemeinmedizin gem. WbO '96 | 2 2 | 7 5 |
| – Endokrinologie und Diabetologie | 1 | – |
| – Gastroenterologie | 5 | 3 |
| – Hämatologie und Onkologie | 2 | 3 |
| – Kardiologie | 4 | 2 |
| – Nephrologie | 1 | 8 |
| – Pneumologie | 2 | 1 |
| – Rheumatologie | 1 | – |
| Gebiet Kinder- und Jugendmedizin | 8 | 10 |
| – Kinder-Hämatologie und -Onkologie | 1 | 1 |
| – Neonatologie | 3 | 2 |
| – Neuropädiatrie | – | 1 |
| Gebiet Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie | 1 | 1 |
| Gebiet Nervenheilkunde gem. WbO '96 | 1 | 1 |
| Gebiet Neurochirurgie | 1 | 4 |
| Gebiet Neurologie | 2 | 5 |
| Gebiet Nuklearmedizin | 1 | 1 |
| Gebiet Öffentliches Gesundheitswesen | 2 | – |
| Gebiet Psychiatrie und Psychotherapie | 5 | 10 |
| – Forensische Psychiatrie | 3 | – |
| Gebiet Radiologie | 3 | 1 |
| – Kinderradiologie | 1 | – |
| – Neuroradiologie | – | 2 |
| Gebiet Strahlentherapie | 1 | – |
| Gebiet Transfusionsmedizin | 1 | 1 |
| Gebiet Urologie | 1 | 2 |
| Gesamt | 135 | 143 |



Anerkennung von Zusatzbezeichnungen in den Jahren 2008 und 2009

| Zusatzbezeichnungen (Bereiche) | 2008 | 2009 |
|--|-----------|-----------|
| Ärztliches Qualitätsmanagement | - | 1 |
| Akupunktur | 4 | 5 |
| Allergologie | - | 1 |
| Andrologie | 3 | - |
| Diabetologie | 2 | 1 |
| Geriatric | 2 | 1 |
| Handchirurgie | 1 | 2 |
| Homöopathie | 1 | - |
| Intensivmedizin | 4 | 4 |
| Kinder-Endokrinologie und -Diabetologie | 1 | 1 |
| Manuelle Medizin/Chirotherapie | 7 | 2 |
| Medikamentöse Tumorthherapie | - | 1 |
| Naturheilverfahren | 2 | - |
| Notfallmedizin | 16 | 14 |
| Palliativmedizin | 2 | 5 |
| Physikalische Therapie bzw. Physikalische Therapie u. Balneologie gem. WbO 2005 | 5 | - |
| Plastische Operationen | 2 | - |
| Psychoanalyse | 1 | - |
| Psychotherapie | 5 | 2 |
| Rehabilitationswesen | 1 | 1 |
| Schlafmedizin | 1 | 1 |
| Sozialmedizin | 1 | - |
| Spezielle Schmerztherapie | 5 | 3 |
| Sportmedizin | 12 | 2 |
| Suchtmedizinische Grundversorgung | 7 | 8 |
| Gesamt | 85 | 55 |

Prüfungen

Im Jahr 2009 wurden 206 Weiterbildungsprüfungen, davon 2 für die Ärztekammer Hamburg, durchgeführt. Diese führten zur Anerkennung von 200 Facharzt-, Schwerpunkt- oder Zusatzbezeichnungen.

Durchgeführte Prüfungen 2005 - 2009



Nichtbestandene Prüfungen 2009

| Fachgebiet/Zusatzbezeichnung | Anzahl |
|---|--------|
| Innere und Allgemeinmedizin (Hausarzt) | 2 |
| Kinder- und Jugendmedizin | 1 |
| Psychosomatische Medizin und Psychotherapie | 1 |
| Zusatzbezeichnung Spezielle Schmerztherapie | 1 |
| Zusatzbezeichnung Suchtmedizinische Grundversorgung | 1 |



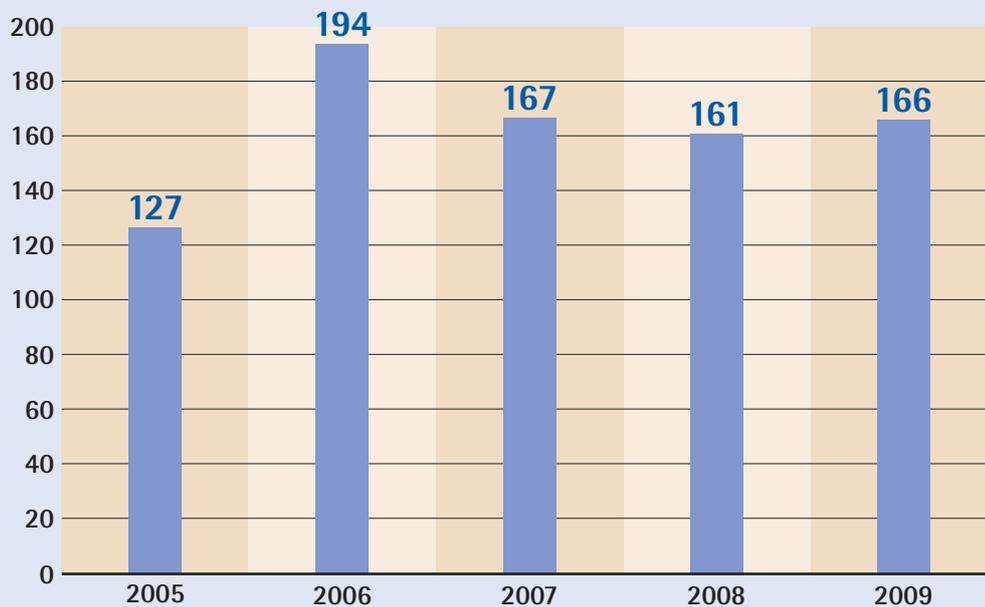
Gleichwertigkeitsprüfungen

Die Ärztekammer führt im Auftrag des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ebenfalls die sog. „Gleichwertigkeitsprüfungen“ durch, wenn die Gleichwertigkeit des Ausbildungsstandes bei ausländischen Ärzten nicht gegeben oder sie nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellbar ist. Im Jahr 2009 haben insgesamt neun Gleichwertigkeitsprüfungen stattgefunden, alle Prüfungen führten zur Erteilung der Approbation.

Weiterbildungsbefugnisse

Im Jahr 2009 wurden 166 Anträge auf Erteilung oder Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis gestellt.

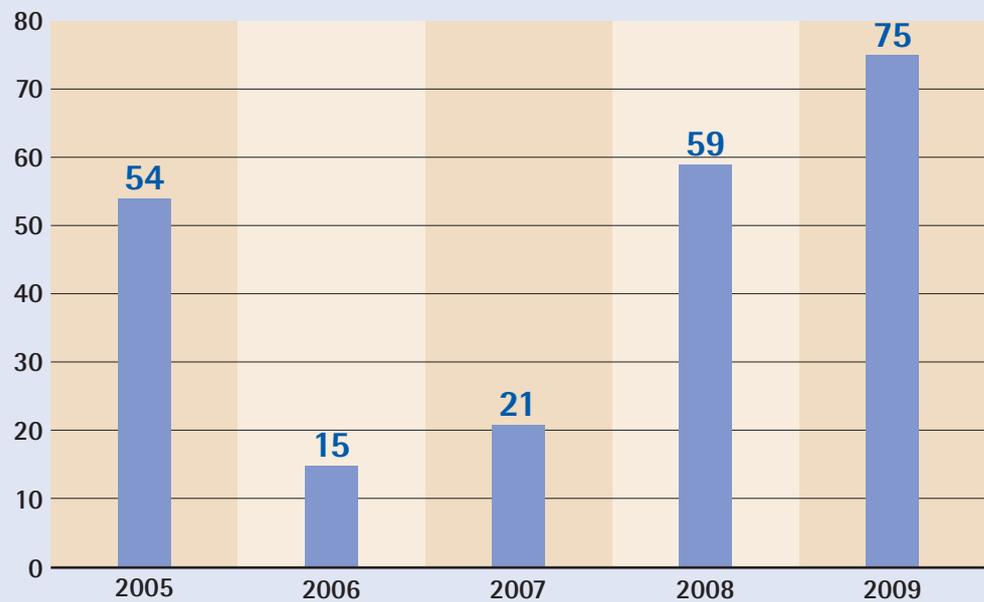
Erteilung/Änderung von Befugnissen



Zulassung von Weiterbildungsstätten

Im Jahr 2009 wurden 75 Weiterbildungsstätten zugelassen.

Zulassung von Weiterbildungsstätten 2009

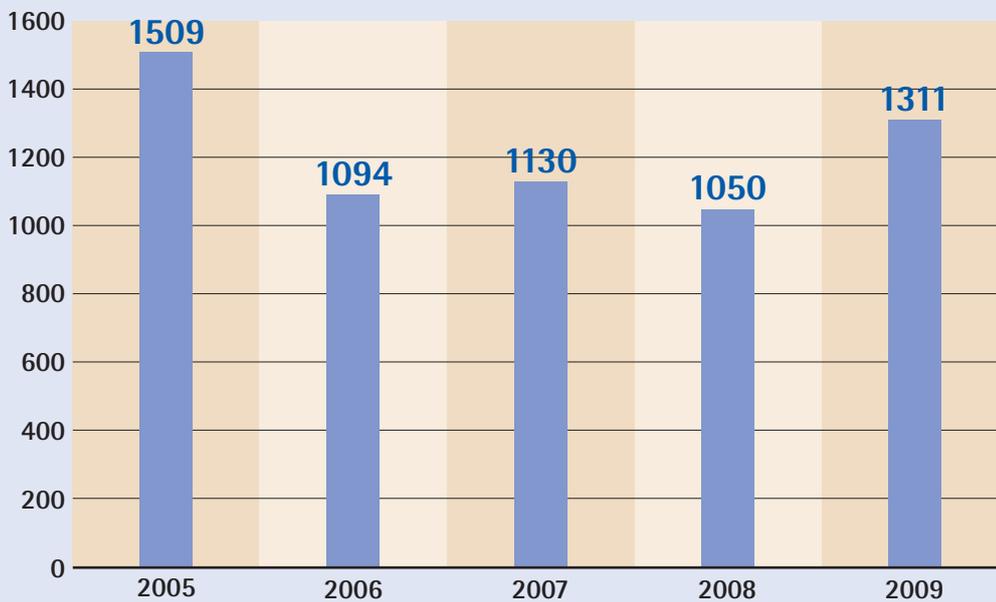




Posteingang

Die Weiterbildungsabteilung verzeichnete im Jahr 2009 einen Posteingang von 1.311 Vorgängen.

Posteingang 2005 - 2009



Thematische Aufteilung des Posteingangs

| | Anzahl |
|--|-------------|
| Anfragen | 536 |
| Anfragen zur Evaluation | 199 |
| Anträge auf Anerkennungen gem. Weiterbildungsordnung | 226 |
| Anträge auf Erteilung einer neuen Weiterbildungsbefugnis | 63 |
| Anträge auf Änderung/Fortschreibung einer Weiterbildungsbefugnis | 103 |
| Anträge auf Zulassung einer Weiterbildungsstätte | 75 |
| Anträge auf Erteilung eines Qualifikationsnachweises | 7 |
| Anträge Fachkunde Strahlenschutz | 46 |
| Anträge auf EU-Konformitätsbescheinigungen | 14 |
| Anträge Gleichwertigkeitsprüfung | 7 |
| Vorgänge Hämotherapie | 35 |
| Summe | 1311 |

Klagen und Widersprüche

Die Ärztekammer verzeichnete im Jahr 2009 24 neue Widersprüche (Vorjahr: 10). 2 Widersprüchen wurde stattgegeben, 20 wurden abgelehnt, 3 eingestellt, über 3 Widersprüche war zum Ende des Jahres noch nicht entschieden. 13 abgelehnte Widersprüche wurden beklagt.

Am 1. Januar 2009 waren vier Klagen im Bereich der Weiterbildung anhängig. Im Laufe des Jahres wurden 13 neue Klagen erhoben, von denen allerdings zwölf den gleichen Streitgegenstand betreffen. Hier wird ein Musterverfahren geführt.

Evaluation der Weiterbildung

2009 wurde erneut die ärztliche Weiterbildung evaluiert, diesmal bundesweit. Alle Weiterzubildenden und Weiterbildungsbefugten waren aufgerufen, die Situation in der Weiterbildung zu beurteilen.

Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung

Von 796 gemeldeten Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung (WZB) haben sich 346 an der Umfrage beteiligt, das entspricht einer Rücklaufquote von 43,47 %. Damit liegt Bremen in dieser Gruppe an 1. Stelle, die bundesweite Rücklaufquote betrug 32,76 %.

Weiterbildungsbefugte

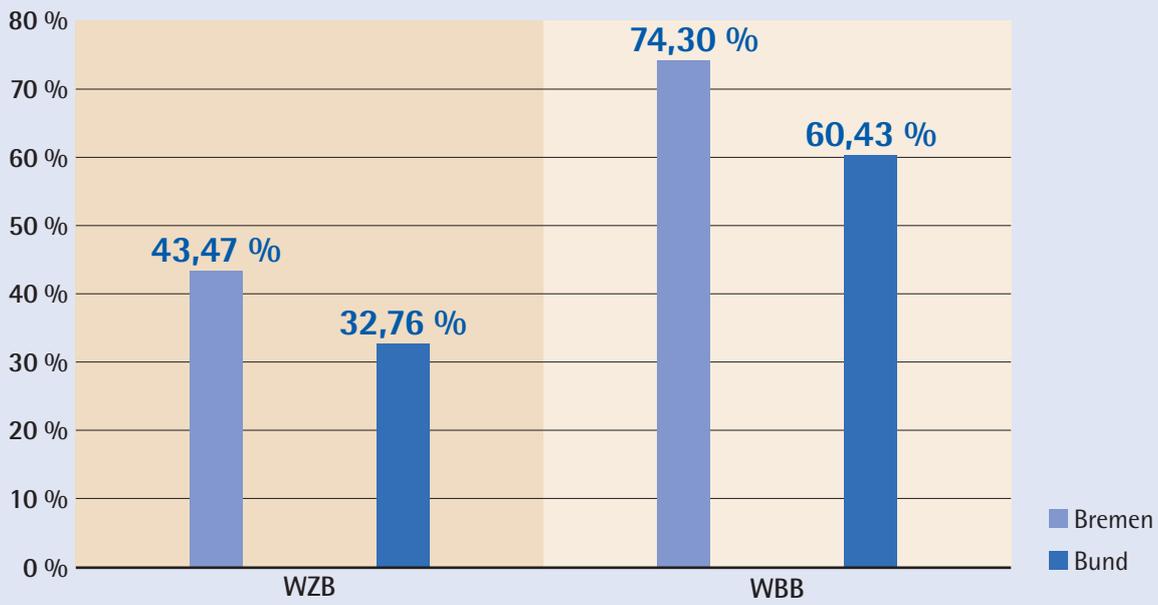
In der Gruppe der Weiterbildungsbefugten (WBB) lag die Rücklaufquote bei 74,3 % (von 179 „aktiven“ Weiterbildungsbefugten beteiligten sich 133). Dieses bedeutet im Bundesvergleich den 3. Platz. Die bundesweite Beteiligung betrug 60,43 %.

106 von insgesamt 285 zur Teilnahme aufgerufenen Weiterbildungsbefugten machten von der Möglichkeit Gebrauch, sich „inaktiv“ zu melden. Sie teilten mit, dass sie derzeit nicht weiterbilden.

Berechnet nur für die weiterbildungsbefugten Ärztinnen und Ärzte in den Kliniken lag die Beteiligung bei 91 %! Von 103 angeschriebenen Ärztinnen und Ärzten hatten 94 teilgenommen.



Beteiligung der Weiterzubildenden (WZB) und Weiterbildungsbefugten (WBB) im Vergleich Bremen/Bund



Akademie für Fort- und Weiterbildung

Es ist eine der zentralen Aufgaben der Kammer, ihren Mitgliedern ein breites Angebot an Fortbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten und die Fortbildungsaktivitäten über ein sog. Punktekonto zu erfassen. Damit ermöglicht die Kammer ihren niedergelassenen Mitgliedern den Nachweis ihrer Fortbildungsaktivitäten gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung und ihren angestellten Mitgliedern gegenüber dem Ärztlichen Direktor.

Die Mitglieder des Beirats der Akademie für Fort- und Weiterbildung finden Sie im Anhang auf S. 76.

Aus der Arbeit des Beirats der Akademie für Fort- und Weiterbildung

Am 30. Juni 2009 endete der erste Fünf-Jahreszeitraum für die Ärztinnen und Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung, in dem die Fortbildung verpflichtend nachzuweisen war. Der Beirat hat den Prozess begleitet.

Weiterhin hat sich der Beirat mit der Evaluation der Weiterbildung in Bremen beschäftigt. Um die Weiterbildung im Land Bremen attraktiver zu gestalten, hat sich der Beirat für strukturierte Fortbildungen speziell für Weiterbildungsassistenten engagiert. So wurde ein Curriculum für die Ärztinnen und Ärzte in der radiologischen Weiterbildung etabliert. Die internistischen Weiterbilder haben ebenfalls einen Fortbildungszyklus begonnen. Für die Ärztinnen und Ärzte in der gynäkologischen und chirurgischen Weiterbildung ist ein Curriculum geplant.

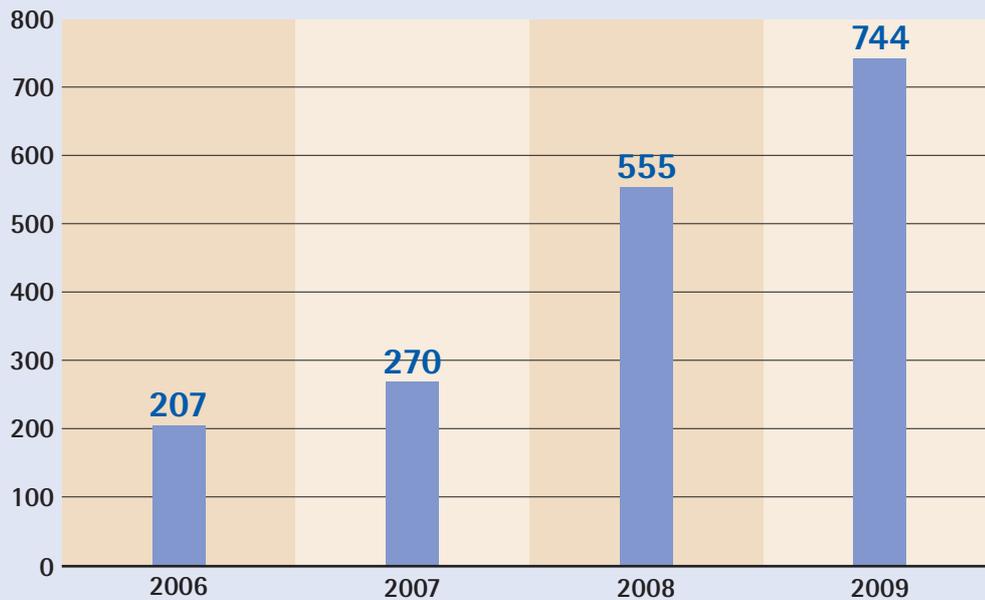
Fortbildungszertifikate

Seit dem 1. Juli 2004 sind alle Vertragsärztinnen und -ärzte verpflichtet, ihre regelmäßige Fortbildung in Form von Fortbildungspunkten nachzuweisen. Sie müssen in einem Zeitraum von fünf Jahren 250 Fortbildungspunkte erwerben und nachweisen. Als Nachweis dient das Fortbildungszertifikat der Ärztekammer. Seit dem 1. Januar 2006 gilt diese Nachweispflicht auch für die am Krankenhaus angestellten Fachärzte. Das Zertifikat der Ärztekammer wird von der Kassenärztlichen Vereinigung und den Klinikleitungen anerkannt. Der erste Nachweiszeitraum endete für Ärztinnen und Ärzte in der vertragsärztlichen Versorgung am 30. Juni 2009. 98 Prozent der Bremer Ärztinnen und Ärzte, die zu diesem Datum verpflichtet waren, ihre Fortbildung nachzuweisen, waren erfolgreich und konnten den Nachweis erbringen.

Die Zahl der ausgestellten Zertifikate stieg im Jahr 2009 damit noch einmal deutlich gegenüber den Vorjahren. Wurden 2008 555 Zertifikate erstellt, belief sich die Zahl 2009 auf 744. Im ersten Halbjahr 2009 (bis zum Stichtag 30.06.) wurden ca. 88 Prozent der Gesamtzertifikate in 2009 ausgestellt.



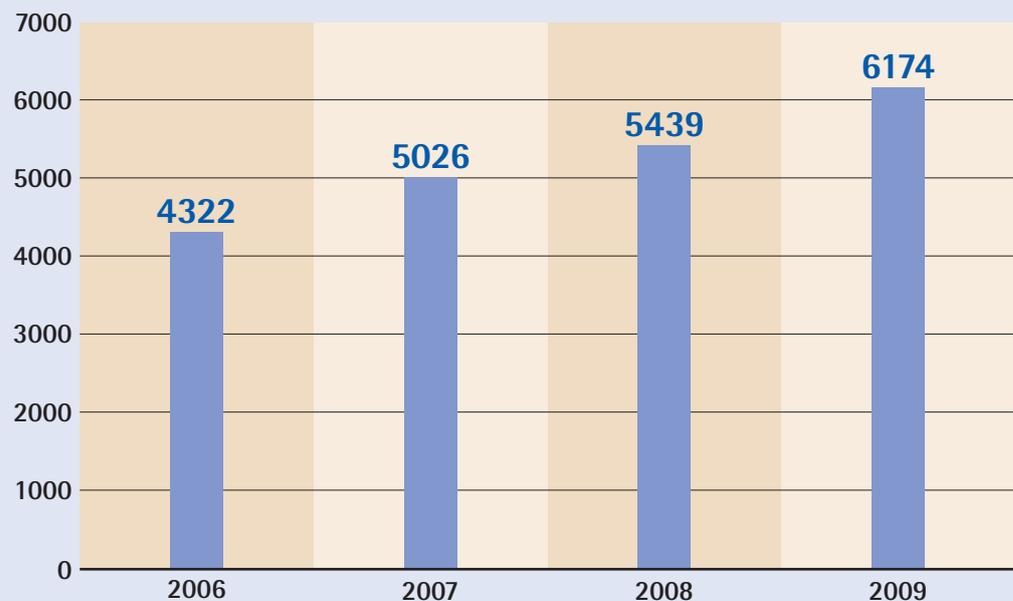
Zertifikate 2006 - 2009



Anerkennung von Fortbildungsveranstaltungen

Auch die Zahl der Anerkennungen von Fortbildungsveranstaltungen stieg 2009 erneut an. 2008 wurden 5439 Veranstaltungen anerkannt, 2009 waren es 6174. Dies entspricht einer Steigerung von 13.5 Prozent. Von diesen Veranstaltungen fanden 274 (im Vorjahr 230) regelmäßig statt mit vier bis 200 Terminen/Jahr. Ein kleinerer Anteil dieses Zuwachses ist durch Veränderungen in der Erfassung der Veranstaltungen zu erklären. Wurden 2008 pro Veranstaltung eine Veranstaltungsnummer vergeben, erhielten mehrtägige Veranstaltungen in 2009 pro Veranstaltungstag eine Veranstaltungsnummer.

Anerkannte Veranstaltungen 2006 - 2009



Eigene Veranstaltungen

Auch im Jahr 2009 hat die Akademie für Fort- und Weiterbildung der Ärztekammer Bremen zahlreiche eigene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Mit insgesamt 107 Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven erreichte die Ärztekammer 2162 Ärztinnen, Ärzte, Medizinische Fachangestellte sowie Vertreter/innen anderer Berufsgruppen. Leider mussten auch einige Veranstaltungen aufgrund mangelnder Nachfrage abgesagt werden.

Wie in den Vorjahren war das 9. Bremer Ernährungsforum gut besucht, das gemeinsam mit dem BIPS durchgeführt wurde und dem Thema „Aktuelle Ernährungsaspekte bei Rheuma“ gewidmet war. Das Modulare Curriculum Psychotraumatologie – eine Kooperation mit verschiedenen Institutionen – wurde bereits im fünften Jahr angeboten.

In bewährter Kooperation mit dem Gesundheitsamt fand regelmäßig das sozialmedizinisch-gutachterliche Kolloquium statt sowie Fortbildungen zur Begutachtung. Weiterhin wurden unter dem Titel „Austausch-Wissen-Verständnis“ Fortbildungen für Gynäkologinnen und Gynäkologen angeboten, die in Zusammenarbeit mit dem Berufsverband der Frauenärzte und Selbstbestimmt leben e. V. organisiert wurden. Im Zuge eines Projektes zur Verbesserung der gynäkologischen Versorgung mobilitätsbe-



hinderter Frauen gab es das Anliegen, Fortbildungen für Ärztinnen und Ärzte anzubieten. An der inhaltlichen Gestaltung beteiligten sich mobilitätseingeschränkte Frauen, um „Austausch-Wissen-Verständnis“ zu fördern.

Im Bereich der Palliativmedizin fanden im Jahr 2009 Modul 1 und Modul 2 des Aufbaukurses statt.

Der Zytologietag – inzwischen eine feste Institution im Veranstaltungskalender – stieß auch 2009 wieder auf breite Resonanz mit Teilnehmern aus der gesamten Bundesrepublik.

Erstmalig wurde ein Seminar zur Powerpoint-Präsentation angeboten. Zu der technischen Schulung konnte optional ein Präsentationstraining gebucht werden.

Gemeinsam mit der Bremer Krebsgesellschaft konnten mehrere Kommunikationsseminare (Kompass®) angeboten werden. In Kleingruppen erfolgte ein intensives Training unter Einsatz von Medientechnik zum Feedback.

Themen wie Arbeitssicherheit und Qualitätsmanagement fanden sich ebenso im Veranstaltungskatalog wie Englisch-Kurse und Patientenverfügung.

Der Dank der Akademie für Fort- und Weiterbildung gilt auch in diesem Jahr wieder den vielen Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen, die die Akademie mit ihrem Expertenwissen unterstützten.

Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung

| Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|--|---------------------|
| Psychosomatische Grundversorgung 6 Termine | 180 Teilnehmer |
| Fit für den Facharzt Radiologie 9 Termine | 149 Teilnehmer |
| Fit für den Facharzt Innere Medizin 3 Termine | 67 Teilnehmer |
| Impfen für Ärzte | 27 Teilnehmer |
| Medical English „Focus“ für Ärztinnen und Ärzte | 12 Teilnehmer |

| Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|--|---------------------|
| Palliativmedizin Aufbaukurs 1 | 20 Teilnehmer |
| Palliativmedizin Aufbaukurs Modul 2 | 21 Teilnehmer |
| Curriculum Transfusionsmedizin | 28 Teilnehmer |
| Möglichkeiten und Grenzen toxikologischer Nachweise | 11 Teilnehmer |
| Traumatherapie bei Kindern | 27 Teilnehmer |
| Strahlenschutzkurs | 24 Teilnehmer |
| Betriebsmedizinische und sicherheitstechnische Aspekte in der Arztpraxis | 70 Teilnehmer |
| Notfallmedizin | 31 Teilnehmer |
| Gutachten - gut gemacht! 2 Termine | 28 Teilnehmer |
| Refresher Kompass-Kommunikative Kompetenz zur Verbesserung der Arzt-Patient-Beziehung, 2 Termine | 9 Teilnehmer |
| Das alternde Gesicht | 75 Teilnehmer |
| Arbeitskreis Hämotherapie | 59 Teilnehmer |
| Wege zu einer barrierefreien Gynäkologie - Austausch, Wissen, Verständnis | 17 Teilnehmer |
| QEP | 43 Teilnehmer |
| Sozialmedizinisches gutachterliches Kolloquium | 36 Teilnehmer |
| Kompass - Kommunikative Kompetenz zur Verbesserung der Arzt-Patient-Beziehung | 17 Teilnehmer |
| Traumaspesifische Diagnostik | 23 Teilnehmer |
| Moderatorentraining | 15 Teilnehmer |
| Ernährungsforum: Aktuelle Ernährungsaspekte bei Rheuma | 60 Teilnehmer |
| Forum Junge Medizin, 2 Termine | 19 Teilnehmer |
| Medical English „Focus“ für Ärztinnen und Ärzte | 9 Teilnehmer |
| Powerpoint-Schulung/ Präsentationstechniken mit Power Point | 15 Teilnehmer |
| Stalking - Umgang und Prävention | 26 Teilnehmer |
| Zytologietag | 70 Teilnehmer |
| Patientenverfügung | 65 Teilnehmer |
| Verfahren und Abrechnung ärztlicher Leist. im Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung | 53 Teilnehmer |
| Ästhetische und Plastische Rekonstruktive Mammachirurgie | 35 Teilnehmer |



| Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|--|------------------------|
| Psychohygiene | 25 Teilnehmer |
| Psychotraumatologie für Hochrisikoberufe | 25 Teilnehmer |
| Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches mit medizinischer Indikation im Schwangerschaftskonfliktgesetz | 30 Teilnehmer |
| Gesamt | 1421 Teilnehmer |

Das Fortbildungszentrum

Das Fortbildungszentrum der Ärztekammer Bremen befindet sich auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte. Es handelt sich um einen größeren Vortragsraum für ca. 80 TeilnehmerInnen und einen kleineren Seminarraum für ca. 20 TeilnehmerInnen. Zusätzlich gibt es eine Büro-/Küchenkombination. Die überwiegende Zahl der Veranstaltungen der Akademie für Fort- und Weiterbildung finden in diesen Räumen seit 2005 statt. Ärztinnen und Ärzten der Ärztekammer Bremen steht das Fortbildungszentrum auf Anfrage zur Verfügung. Im Jahr 2009 fanden an 125 Tagen Veranstaltungen dort statt. Besonders Mittwochnachmittags und am Wochenende sind die Räume sehr gut ausgelastet. Zur Betreuung vor Ort stehen vier Mitarbeiterinnen zur Verfügung, die auf 400-Euro-Basis bei der Ärztekammer beschäftigt sind.

Fortbildung für Medizinische Fachangestellte

Nach der Überarbeitung der Aufstiegsfortbildung Arztfachhelferin zur Fachwirtin für die ambulante medizinische Versorgung wurde erneut eine Kooperation mit der Ärztekammer Niedersachsen vereinbart. In Bremen werden drei Module der Fortbildung angeboten, die im Jahr 2010 beginnt.

Die Themen der Fortbildung für die Medizinischen Fachangestellten sind so vielseitig wie deren Aufgaben. Vom Aktualisierungskurs Strahlenschutz über Konfliktmanagement bis Telefontraining reicht das Angebot. Regelmäßige Impf-Fortbildungen, Veranstaltungen zu Hygiene, aber auch Kommunikationstrainings und Englischkurse runden das Programm ab. Bereits in der Berufsschule können Auszubildende Kurse zu Themen wie Blutentnahme, Urinuntersuchung, EKG, Hauterkrankungen oder Verbandskurse besuchen. Zahlreiche weitere Fortbildungen stehen ihnen zu reduzierten Gebühren offen.

Das 120-stündige Curriculum „Onkologie für Medizinische Fachangestellte“ wurde 2009 erfolgreich angeboten und von TeilnehmerInnen überregional besucht.

Im Einzelnen wurden folgende Fortbildungen für MFA angeboten:

| Veranstaltung/Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|---|-----------------------|
| Hygiene, 4 Termine | 73 Teilnehmer |
| Professionell telefonieren, 2 Termine | 31 Teilnehmer |
| Impfen | 40 Teilnehmer |
| Die Rezeption professionell und freundlich, 3 Termine | 44 Teilnehmer |
| Medical English „Access“ | 16 Teilnehmer |
| Strahlenschutzkurs, 4 Termine | 64 Teilnehmer |
| EKG, 5 Termine | 28 Teilnehmer |
| Konflikt- und Beschwerdemanagement, 2 Termine | 25 Teilnehmer |
| Qualitätsmanagement | 5 Teilnehmer |
| Medical English „Compact“, 2 Termine | 25 Teilnehmer |
| Sicherer Umgang mit schwierigen Patienten | 16 Teilnehmer |
| Injektionen | 14 Teilnehmer |
| Onkologie für Arzthelferinnen nach dem Curriculum der BÄK (120 Std.), 2 Termine | 32 Teilnehmer |
| Die Ersthelferin als Praxiscoach | 12 Teilnehmer |
| Gesamt | 425 Teilnehmer |

Fortbildung für MFA-Auszubildende

Neben den Fortbildungen für Medizinische Fachangestellte bietet die Ärzteammer spezielle Fortbildungen für Auszubildende an. Um die Zugangsschwelle niedrig zu halten, finden diese Veranstaltungen in der Berufsschule statt. Um das Fortbildungsangebot für besonders interessierte Auszubildende zu erweitern, kommen die Auszubildenden außerdem bei den MFA-Fortbildungen in den Genuss ermäßigter Teilnehmergebühren.



Folgende, speziell auf die Auszubildenden zugeschnittene Fortbildungsangebote wurden durchgeführt:

| Veranstaltung/Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|----------------------------------|-----------------------|
| Infektionskrankheiten, 2 Termine | 34 Teilnehmer |
| Verbandskurs, 2 Termine | 40 Teilnehmer |
| Blutentnahme, 4 Termine | 71 Teilnehmer |
| Urinuntersuchung | 15 Teilnehmer |
| Spirometrie | 12 Teilnehmer |
| Gesamt | 172 Teilnehmer |

Fortbildung in Bremerhaven

Die Bezirksstelle Bremerhaven ist in der Fortbildung sehr aktiv. Von Januar bis März und von September bis Dezember eines jeden Jahres finden monatlich Fortbildungsveranstaltungen statt, die vom Fortbildungsausschuss Bremerhaven zu unterschiedlichen Themen organisiert werden. Den Vorsitz im Fortbildungsausschuss teilen sich Dr. med. Klaus-Dieter Schultze und Herr PD Dr. med. Andreas Ambrosch.

Die Auftaktveranstaltung im Herbst wird traditionell mit der Gesellschaft 1947 durchgeführt. In diesem Jahr ging es um Medizinethik. Weitere Themen der zweiten Jahreshälfte waren „Impfungen“ und „Prävention“. Im Dezember wurde das Jahr mit dem Weihnachtsquiz beendet.

Folgende Veranstaltungen wurden in Bremerhaven durchgeführt:

| Veranstaltung/Thema | Teilnehmer (gesamt) |
|---------------------------------|-----------------------|
| Neonatologie | 32 Teilnehmer |
| Neue Chefarzte stellen sich vor | 45 Teilnehmer |
| Medizinethik | 14 Teilnehmer |
| Impfungen | 31 Teilnehmer |
| Prävention | 22 Teilnehmer |
| Gesamt | 144 Teilnehmer |

Ärztliche Berufsausübung

Alle im Land Bremen tätigen Ärztinnen und Ärzte müssen sich an die ärztlichen Berufspflichten halten, die in der Berufsordnung für Ärztinnen und Ärzte festgelegt sind. Die Ärztekammer Bremen erlässt diese Berufsordnung und wacht über die Einhaltung der Berufspflichten.

Zudem ist es der gesetzliche Auftrag der Kammer, auf Antrag des Patienten bei Streitigkeiten zwischen Kammerangehörigen und Patienten aus dem Behandlungsverhältnis zu vermitteln. Auch die Schlichtung bei Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern gehört zu den gesetzlichen Aufgaben der Kammer.

Patientenbeschwerden

Um der Aufgabe, bei Streitigkeiten zwischen Patienten und Kammermitgliedern zu vermitteln, effektiv nachkommen zu können, hat die Ärztekammer einen Beschwerdeausschuss eingerichtet, dem 11 ehrenamtlich tätige Ärztinnen und Ärzte aus verschiedenen Fachrichtungen angehören. Nachdem die Stellungnahme des betroffenen Arztes eingeholt wurde, wird jede Patientenbeschwerde im Beschwerdeausschuss beraten. Nur diejenigen Beschwerden, bei denen offenkundig der Verdacht auf eine schwerwiegende Verletzung der Berufspflichten vorliegt, fallen in die unmittelbare Zuständigkeit des Vorstands. Außerdem verweisen wir Beschwerdeführer, die einen Behandlungsfehler behaupten, an die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover.

Aus der Arbeit des Beschwerdeausschusses

Im Beschwerdeausschuss werden die bei der Ärztekammer von Patienten über Ärzte eingereichten Einzelbeschwerden beraten, nachdem die Kolleginnen und Kollegen Stellung genommen haben. Danach wird ein Lösungs- oder Schlichtungsvorschlag gemacht, der dem Patienten und dem Arzt über die Geschäftsstelle zugesandt wird. Wenn der Verdacht auf einen Verstoß gegen die Berufsordnung besteht, wird aufgrund der Beschwerde ein Prüfverfahren eingeleitet.

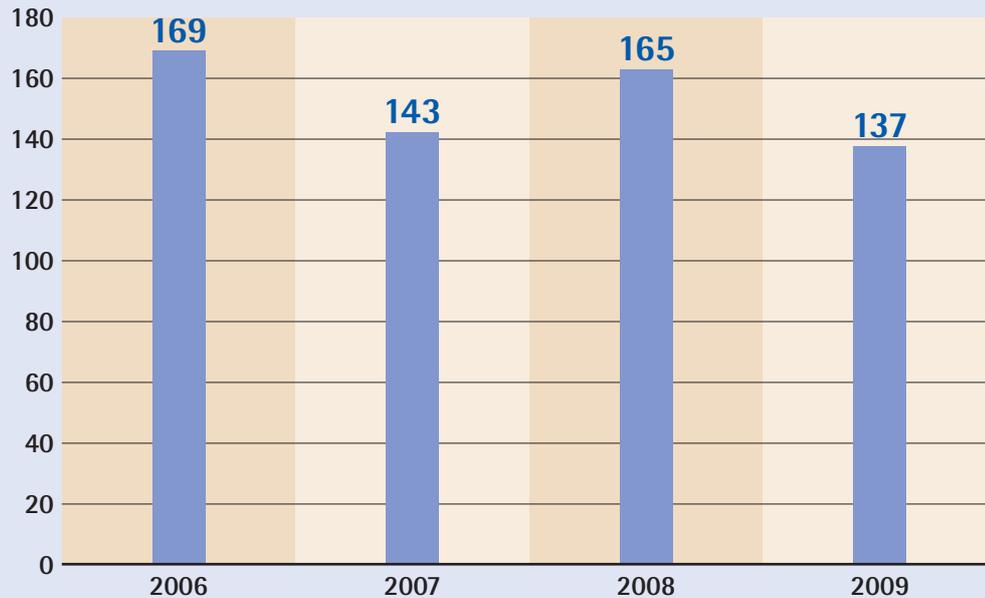
Der Beschwerdeausschuss hat im Jahr 2009 sechsmal getagt: Im Jahr 2009 ist die Zahl der direkt bei der Ärztekammer eingegangenen Beschwerden mit 137 rückläufig gewesen (2008: 165). Allerdings ist die die Prüfung der Rechnungsbeschwerden, von denen insgesamt 37 zu bearbeiten waren, sehr zeitintensiv.

**Die Mitglieder
des Beschwerde-
ausschusses finden
Sie im Anhang
auf S. 78.**



Patientenbeschwerden 2006 - 2009 *

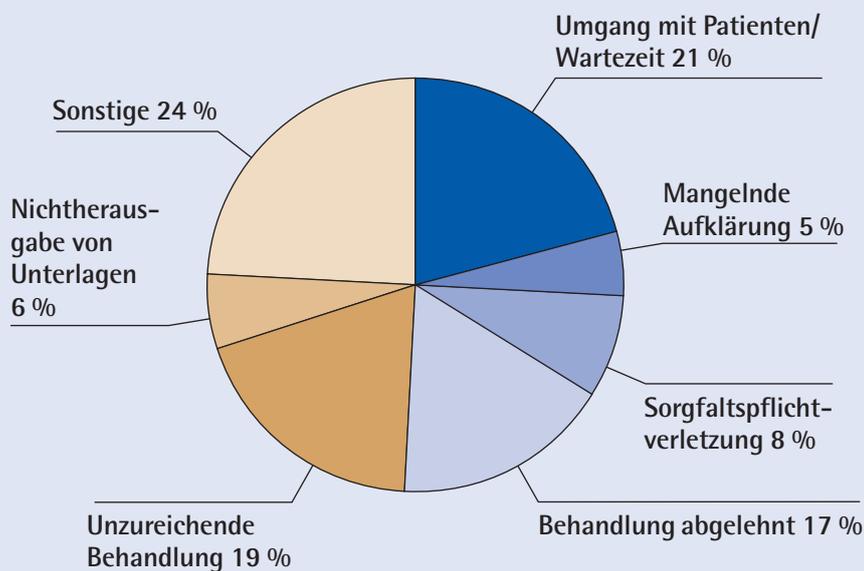
* ohne Arzthaftpflichtfragen



Allgemeine Patientenbeschwerden

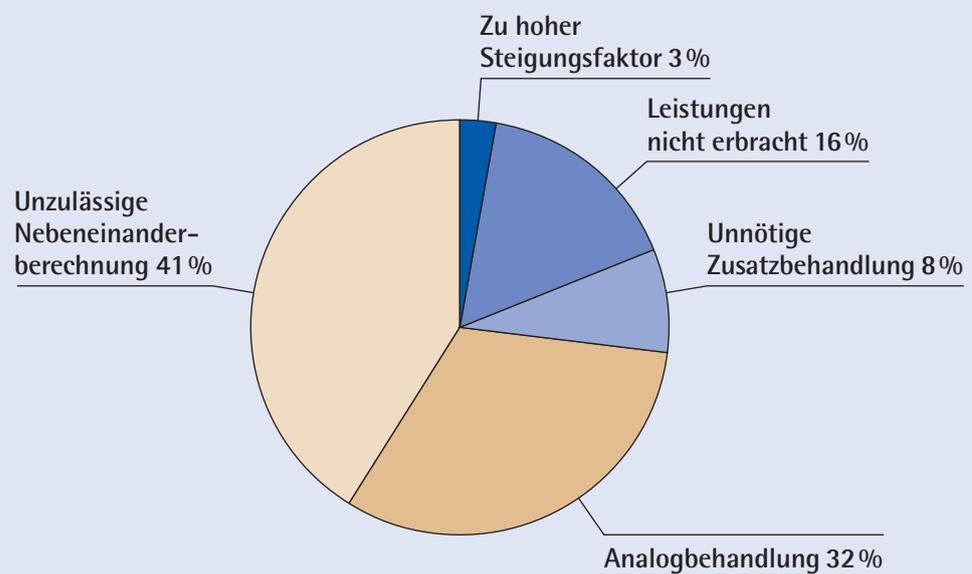
Die allgemeinen Patientenbeschwerden sind leicht gesunken (2009: 100 Beschwerden; 2008: 114 Beschwerden). Die folgende Grafik zeigt die häufigsten Gründe für Patientenbeschwerden (drei und mehr Beschwerden):

Patientenbeschwerden 2009



Beschwerden über Rechnungen

Im Jahr 2009 sind insgesamt 37 Beschwerden eingegangen, die sich auf die Rechnungsstellung der Ärzte bezogen (Vorjahr: 51 Beschwerden). Die Bearbeitung dieser Beschwerden ist sehr zeitintensiv, da es sich häufig um komplexe Rechnungen handelt. Die Gründe für die Beschwerden ergeben sich aus der folgenden Übersicht:



Die Beschwerden über unrichtige Rechnungsstellungen werden nicht nur von Patienten, sondern häufig auch von privaten Krankenversicherungen oder öffentlichen Beihilfestellen eingereicht. Anhaltende Schwierigkeiten bereitet die auf Grund der Überalterung der GOÄ weiterhin notwendige Analogbewertung. Beschwerden über die Berechnung von IGeL-Leistungen gehen selten bei der Ärztekammer ein.

Berufsrechtliche Verfahren

Im Berichtsjahr musste sich der Vorstand lediglich mit einem Kammermitglied befassen, bei dem der Verdacht auf einen schwerwiegenden Verstoß gegen berufsrechtliche Pflichten bestand. Diesem Vorgang lagen allerdings zahlreiche gleich lautende Patientenbeschwerden zu Grunde. Der Vorstand verhängte eine Rüge, die er mit einer Geldauflage verband. Der betroffene Arzt hat gegen diese Rüge den Rechtsweg beschritten, über die Beschwerde ist noch nicht entschieden.



Schlichtungsverfahren in Arzthaftpflichtfragen

Behandlungsfehlervorwürfe können Patienten in einem für sie kostenlosen außergerichtlichen Schlichtungsverfahren klären lassen. Durchgeführt wird dieses Verfahren von der gemeinsamen Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover. Diese Einrichtung wird von den Ärztekammern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen gemeinsam getragen.

Die Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen arbeitet aktiv in mehreren Gremien zum Thema Fehlervermeidung und Sicherheitskultur in der Medizin mit. Sie ist an Arbeitsgruppen des Aktionsbündnisses Patientensicherheit beteiligt und hat eine eigenständige Klassifikation zur Aufarbeitung von Medizinschadensfällen erstellt.

Das Schlichtungsverfahren findet statt, wenn der Patient, der betroffene Arzt und sein Haftpflichtversicherer dem Verfahren zustimmen. Das Verfahren beginnt mit einer Untersuchung des Behandlungsfehlervorwurfs durch neutrale Gutachter. Bestätigen die Gutachter den Behandlungsfehlervorwurf, so können sich Arzt und Patient im Anschluss an das Schlichtungsverfahren vergleichen.

Im Berichtsjahr wurden von den 202 anhängigen Verfahren 119 bearbeitet. Begutachtet wurden 75 Fälle, 44 wurden wegen Nichtzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Widerspruch keiner Sachentscheidung zugeführt. Von den 75 begutachteten Fällen waren 54 unbegründet, in 21 Fällen wurde ein Behandlungsfehler bestätigt.

Bremer Behandlungsfehlerstatistik 2006-2009*

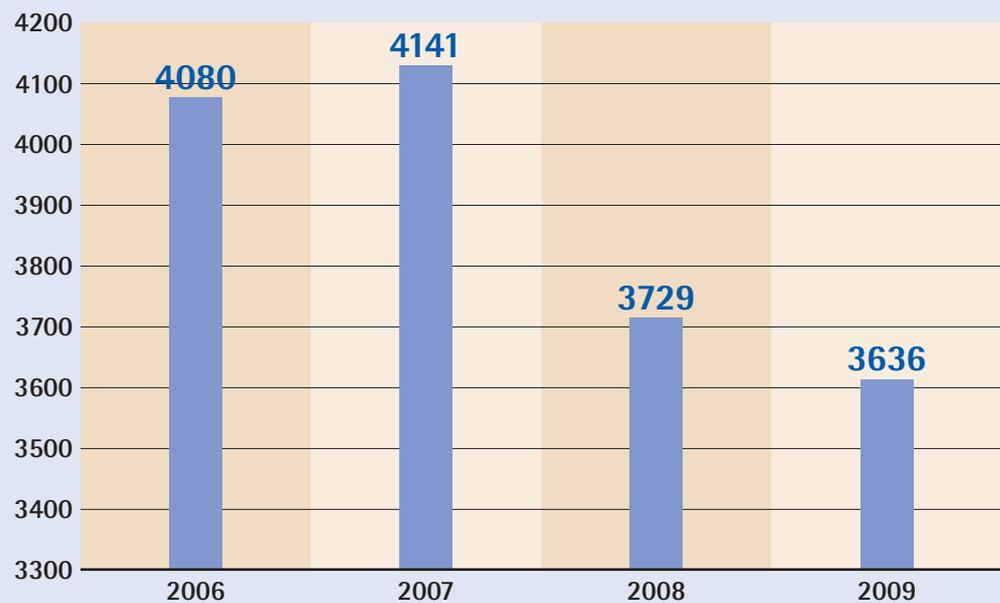
* nach der Statistik der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen Hannover

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---|---------------|------|------|------|
| Bestand aus dem Vorjahr | 117 | 96 | 82 | 91 |
| Neueingänge | 127 | 91 | 112 | 111 |
| Erledigungen | nicht erhoben | 105 | 103 | 119 |
| Ablehnung wg. Nichtzuständigkeit, Antragsrücknahme, Widerspruch | nicht erhoben | 30 | 46 | 44 |
| Ansprüche unbegründet | 51 | 57 | 41 | 54 |
| Ansprüche begründet | 30 | 15 | 16 | 21 |
| Behandlungsfehlerquote bei den begutachteten Fällen | 37 % | 21 % | 28 % | 28 % |

Der Verein „Unabhängige Patientenberatung Bremen“

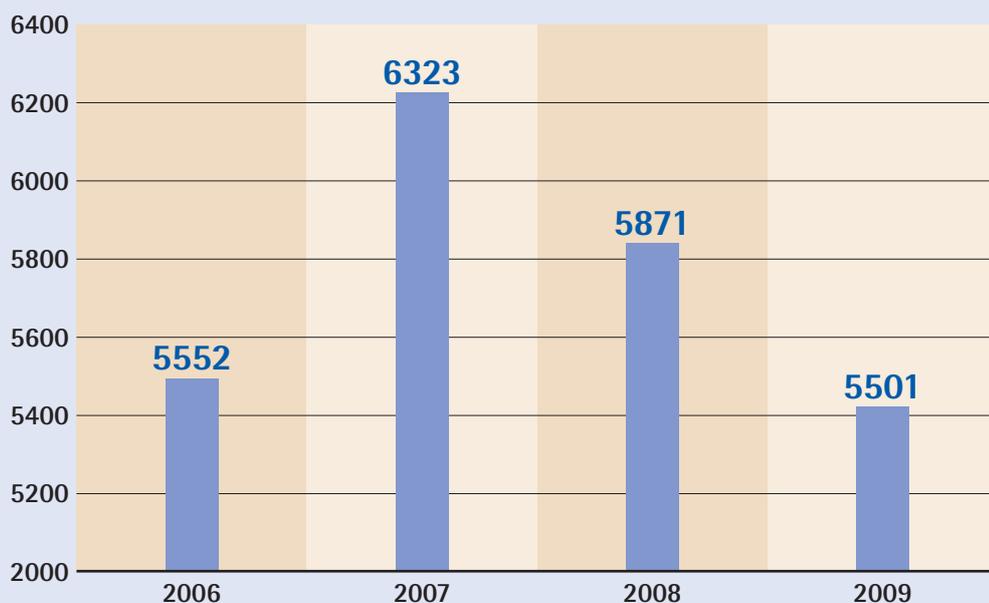
Die Unabhängige Patientenberatung wird in Bremen von einem Verein getragen, dessen Mitglieder die Ärztekammer, die Krankenkassen, die Krankenhausgesellschaft, der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, die Psychotherapeutenkammer und die Zahnärztekammer sind. Die Unabhängige Patientenberatung hat ihren Sitz in der Richard-Wagner-Straße 1a, 28209 Bremen. Die Unabhängige Patientenberatung gibt jährlich einen eigenen Tätigkeitsbericht heraus, der unter www.patientenberatung-bremen.de abgerufen werden kann.

Ratsuchende Personen 2006 – 2009





Zahl der Beratungen 2006 – 2009



Während die Zahl der ratsuchenden Personen im Jahr 2009 leicht rückläufig war, blieb die Anzahl der Beratungen mit circa 5500 konstant hoch. Dabei ist zu beachten, dass diese Arbeit nach dem Wegfall einer Teilzeitstelle mit insgesamt 22,5 Wochenstunden von nur noch 4 Teilzeitmitarbeiterinnen bewältigt wurde.

Medizinische Fachangestellte (MFA)

Die Ärztekammer ist im Land Bremen für die Ausbildung der der Medizinischen Fachangestellten zuständig. Sie prüft und registriert die Ausbildungsverträge, führt die Zwischen- und Abschlussprüfungen durch, informiert zu allen Fragen rund um den Ausbildungsberuf und koordiniert die Fort- und Weiterbildung der MFA und der Auszubildenden. Außerdem wacht die Kammer über die persönliche und fachliche Eignung der ausbildenden Ärzte und stellt sicher, dass die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes und der Ausbildungsordnungen eingehalten werden.

Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses Bremen finden Sie im Anhang auf S. 77.

Berufsbildungsausschuss

Der Berufsbildungsausschuss Bremen hat im Jahr 2009 zweimal getagt.

Thematisch informierte sich der Ausschuss über den jeweils aktuellen Stand bei den praktischen Prüfungen. In der Frühjahrssitzung stand dabei die neue Aufwandsentschädigungsordnung im Mittelpunkt, in der Herbstsitzung ging es um den organisatorischen Ablauf der Prüfungen.

Wie in jedem Jahr berichtete die Verwaltung dem Berufsbildungsausschuss über die Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung 2009.

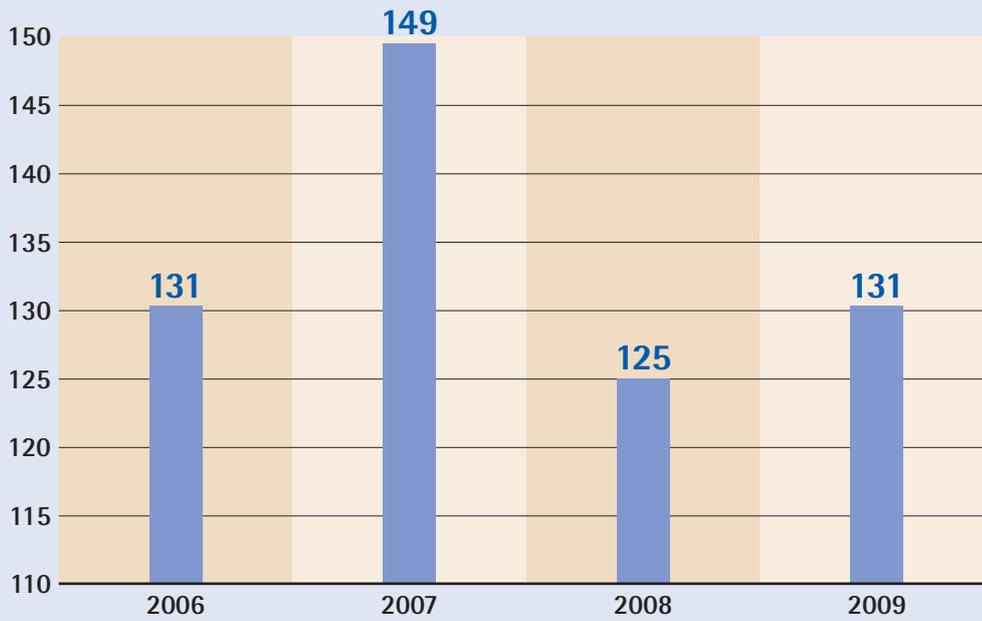
Beraten wurde außerdem die Prüfungsordnung für die Fachwirtin/den Fachwirt für die ambulante medizinische Versorgung und die Anerkennung der VERAH-Qualifikation auf den Wahlteil der Fachwirtin für die ambulante medizinische Versorgung.

Ausbildung von Medizinischen Fachangestellten

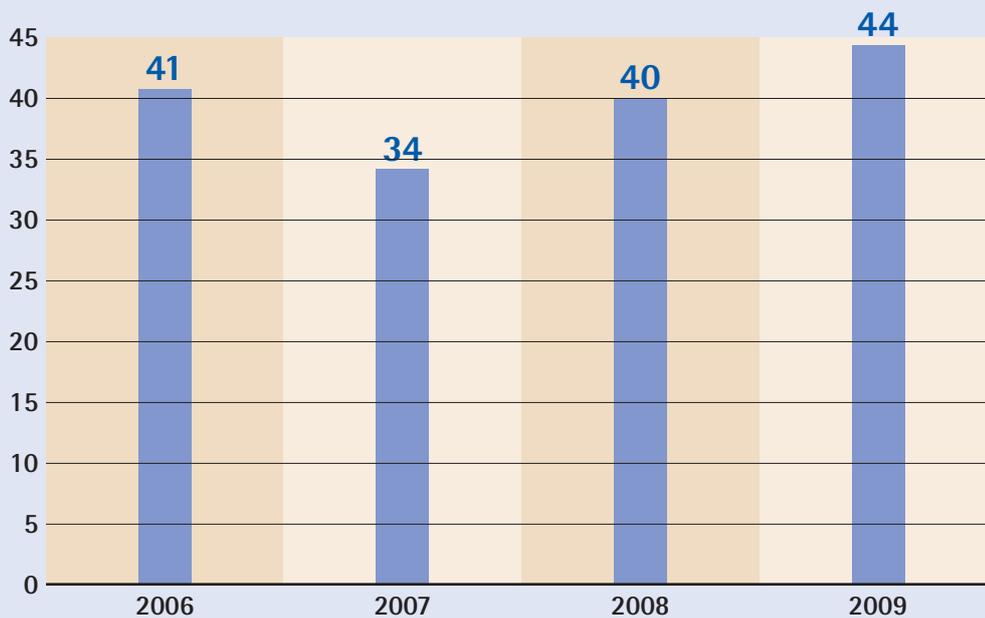
Zum Jahresende 2009 bestanden in Bremen 397 und in Bremerhaven 110 Ausbildungsverträge, insgesamt im Land Bremen also 507 Ausbildungsverträge. In Bremen wurden im Jahr 2009 131, in Bremerhaven 44 neue Ausbildungsverhältnisse eingetragen; dies sind insgesamt 10 mehr als im Vorjahr.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 bis 2009
in Bremen

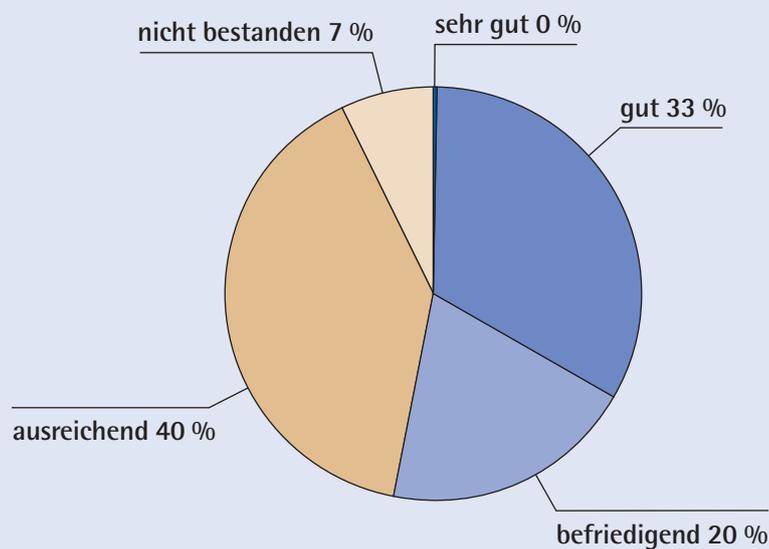


Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 bis 2009
in Bremerhaven



Die Ergebnisse der Abschlussprüfungen im Vergleich der letzten Jahre zeigt folgende Tabelle:

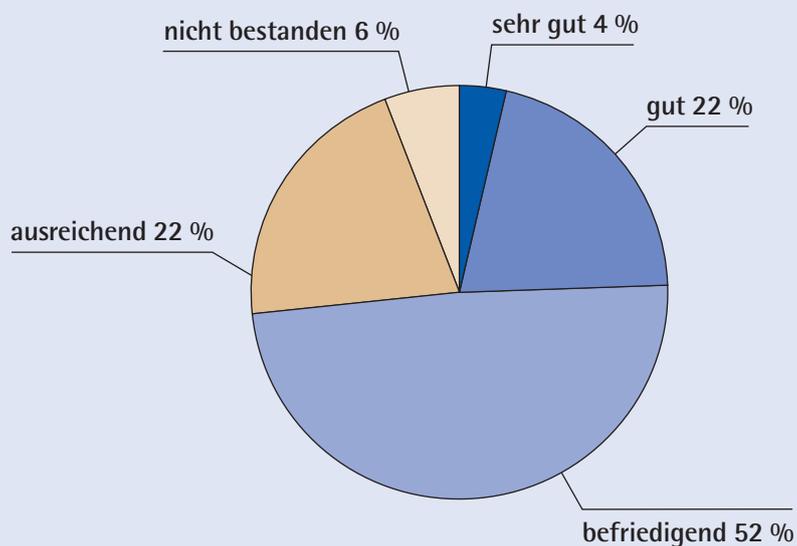
Ergebnisse der Abschlussprüfungen für Arzthelferinnen/MFA in Bremen und Bremerhaven im Winter 2008/09:



| | |
|-------------------|---|
| Note 1 = | 0 |
| Note 2 = | 5 |
| Note 3 = | 3 |
| Note 4 = | 6 |
| Nicht bestanden = | 1 |

| |
|-------------------|
| ■ sehr gut |
| ■ gut |
| ■ befriedigend |
| ■ ausreichend |
| ■ nicht bestanden |

Ergebnisse der Abschlussprüfung für MFA in Bremen und Bremerhaven im Sommer 2009



| | |
|-------------------|----|
| Note 1 = | 4 |
| Note 2 = | 42 |
| Note 3 = | 66 |
| Note 4 = | 24 |
| Nicht bestanden = | 6 |

| |
|-------------------|
| ■ sehr gut |
| ■ gut |
| ■ befriedigend |
| ■ ausreichend |
| ■ nicht bestanden |



Die Ärztekammer ist seit Jahren bei der Vermittlung von Auszubildenden und Ausbildern behilflich. Sie führt Listen von Jugendlichen, die eine Lehrstelle als Medizinische Fachangestellte suchen, sowie von Praxen, die Auszubildende suchen. Diese Vermittlerfunktion der Kammer ist besonders wichtig, wenn es bei einem bereits bestehenden Ausbildungsverhältnis zu Konflikten kommt und eine neue Ausbildungsstelle gesucht wird. Die Vermittlung von Ausbildungsstellen wird sowohl von Auszubildenden als auch von Ärzten gut angenommen. Im Jahr 2009 konnten 11 Auszubildende vermittelt werden.

Berufsschule

Die Zusammenarbeit zwischen der Berufsschule und der Ärztekammer ist traditionell gut und konstruktiv. Sie manifestiert sich in der gemeinsamen Begrüßung der neuen Auszubildenden in der Aula der Schule und der Verabschiedung der examinierten Medizinischen Fachangestellten. Die Verabschiedung fand in Bremen im Juni 2009 auf Einladung der Ärztekammer Bremen erneut in der Berufsschule statt. Alle fertigen Medizinischen Fachangestellten erhielten hier im festlichen Rahmen ihren MFA-Brief und die Zeugnisse ausgehändigt. In Bremerhaven wurden die fertigen Medizinischen Fachangestellten ebenfalls im festlichen Rahmen verabschiedet.

Qualitätssicherung

Die Qualitätssicherung des eigenen Tuns ist ein Grundpfeiler der freiberuflichen Tätigkeit. Gleichwohl wurde die Qualitätssicherung im deutschen Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich immer stärker verrechtlicht. Qualität wird immer mehr zum Hebel der Versorgungssteuerung und damit zur Allokation der ohnehin knappen Ressourcen im Gesundheitswesen. Die Ärztekammer ist in vielfältiger Weise in die Qualitätssicherung eingebunden: Die Qualifizierung durch Weiterbildung und durch Fortbildung sichert ebenso die Qualität wie die Auswertung und Analyse externer Qualitätssicherungsmaßnahmen. Hinzu kommen zahlreiche sensible Bereiche, z.B. die Hämotherapie oder die Untersuchung und Behandlung im Gebiet der Radiologie, die besonderer Überwachung bedürfen. Darüber hinaus bietet die Ärztekammer eine Plattform für Experten zum gemeinsamen Austausch von Fragen der Qualitätssicherung im Lande Bremen.

Die Mitglieder des Ausschusses „Qualitätssicherung“ finden Sie im Anhang auf S. 82.

Aus der Arbeit des Ausschusses „Qualitätssicherung“

Der Ausschuss Qualitätssicherung tagte im Jahr 2009 viermal und beriet folgende Schwerpunkte:

Qualitätssicherung im stationären und ambulanten Bereich

Der Ausschuss beschäftigte sich in der ersten Jahreshälfte mit den Instrumenten der Qualitätssicherung im stationären Bereich. Dabei stand im Mittelpunkt die Frage, ob und in welcher Form die Instrumente der stationären QS zukünftig auf den Bereich der ambulanten Versorgung übertragen werden können. Es herrschte Einigkeit, dass in der Zukunft auch ambulante Einrichtungen einbezogen werden müssen und die sektorübergreifende Qualitätssicherung in den Fokus rücken wird. Einig war man sich allerdings auch, dass sich die klassische hausärztliche Tätigkeit mit dieser Form der Qualitätssicherung nicht erfassen lässt. Hier wird es darum gehen, Parameter zu entwickeln, die festlegen, was eine „eine gute Hausarztpraxis“ ausmacht. Erst wenn Einigkeit über die Ergebnisqualität besteht, kann über Indikatoren nachgedacht werden.

Qualitätsmanagement in der ambulanten Praxis

In die Qualitätssicherung in der ambulanten Praxis führte als Gast der niedergelassene Gynäkologe Herr Dr. Umlandt ein, der sich schon viele Jahre mit Qualitätsmanagement beschäftigt. Nach einer kurzen Einführung stellte Herr Dr. Umlandt die aktuellen Ergebnisse der QM-Studie der Stiftung Gesundheit vor. Die Teilnehmer diskutieren die Ergebnisse mit einem inhaltlichen Schwerpunkt auf den Fehlermeldesystemen. Dieses Thema wurde in einer zweiten Sitzung nochmals gründlich aufgearbeitet.



Externe Qualitätssicherung – BQS-Daten

Seit dem Jahre 2001 ist die Externe Qualitätssicherung für alle Krankenhäuser verpflichtend. Die Daten der Behandlungsfälle von fünfzehn Leistungsbereichen werden von den Krankenhäusern an das Bremer Qualitätsbüro übermittelt. Nach der Aufbereitung werden diese Daten zum bundesweiten Vergleich an die BQS weitergeleitet. Die Ergebnisse werden in anonymisierter Form in den jeweiligen Fachgruppen beraten.

Zum Jahresende 2009 legte das Qualitätsbüro erneut seinen Jahresbericht vor, dessen Ergebnisse im Januar 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Qualitätszirkel

Seit mehr als zehn Jahren wird im Land Bremen die Qualität der ärztlichen Tätigkeit in Qualitätszirkeln reflektiert. Qualitätszirkel bestehen im haus- und fachärztlichen Bereich, in stationären Einrichtungen, in sektorübergreifenden Bereichen und zu speziellen Fragestellungen wie z. B. der Pharmakotherapie. Viele dieser Qualitätszirkel haben sich einer wissenschaftlichen Evaluation unterzogen. Diese Form der Qualitätssicherung hat sich zu einer anerkannten Größe in allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung entwickelt. In der Ärztekammer liegen inzwischen über 100 Meldungen von Qualitätszirkeln vor, die sich mit den unterschiedlichsten Fragestellungen auseinandersetzen. Unter der Prämisse, dass in der Regel ein Qualitätszirkel ca. 8-10 Teilnehmer hat, ergibt sich eine Anzahl von ca. 800 Ärztinnen und Ärzten, die in Qualitätszirkeln aktiv sind. Diese Methode zeigt das hohe Engagement in der innerärztlichen Fortbildung.

Qualitätssicherung in der Transplantation und der Transfusion

Die Qualität der **Transplantation** von Organen wird auf der Grundlage von § 16 Transplantationsgesetz durch eine von der Bundesärztekammer verabschiedete Richtlinie zur Organtransplantation gesichert. Da diese Richtlinie auf einer bundesgesetzlichen Ermächtigungsnorm beruht, ist sie unmittelbar geltendes Recht für alle in Deutschland tätigen Ärztinnen und Ärzten. Der Wortlaut der Richtlinie ist veröffentlicht worden im Deutschen Ärzteblatt vom 27. August 2001, Seite 2207, sie kann auch im Internet unter www.baek.de oder www.aekhb.de eingesehen werden.

Die Qualitätssicherung nach dem **Transfusionsgesetz** wurde im Jahr 2005 neu geregelt. Im November 2005 traten die neuen „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten“ auf der Grundlage der §§ 12 und 18 Transfusionsgesetz (Hämotherapie-Richtlinien) in Kraft, die die Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut erlassen hat. Die

Richtlinien und Erläuterungen bzw. Berichtsvordrucke sind auf der Internetseite der Ärztekammer hinterlegt (www.aekhb.de Rubrik Qualitätssicherung, Transfusionsmedizin).

Die Richtlinien formulieren den allgemein anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Transfusion und sind deshalb von herausragender haftungsrechtlicher Bedeutung. Insbesondere die Verschärfung der Vorgaben für das Qualitätssicherungssystem zur Anwendung von Blutprodukten brachte für Einrichtungen, die Blutprodukte und/oder Plasmaderivate zur Behandlung von Hämostasestörungen anwenden, einen erheblichen Mehraufwand. Aber auch auf die Ärztekammer kamen neue Aufgaben zu.

Nach den Vorschriften des Transfusionsgesetzes haben die Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Blut oder Blutprodukte verwenden, ein Qualitätssicherungssystem zu etablieren. Die Einrichtungen sind verpflichtet, ein Qualitätshandbuch zu entwickeln. Zukünftig ist der Qualitätsbeauftragte im Benehmen mit der Ärztekammer zu bestellen. Das Ergebnis des Qualitätsberichtes der Einrichtungen ist der Ärztekammer bis zum 1. März eines jeden Jahres für das vorangegangene Jahr vorzulegen. Außerdem müssen transfusionsverantwortliche bzw. transfusionsbeauftragte Ärztinnen oder Ärzte benannt werden. Die Ärztekammer Bremen hat einen entsprechenden Qualifikationsnachweis eingeführt und überprüft jedes Jahr 12 Krankenhäuser und 13 Arztpraxen, in denen Transfusionen vorgenommen werden.

Deutsches IVF-Register

Die Ärztekammer Bremen hat mit dem Deutschen IVF-Register (DIR) bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein im Jahr 2001 einen Vertrag zur Qualitätssicherung geschlossen. Die IVF-Zentren Bremens nehmen alle an der bundesweiten Qualitätssicherung teil. Jährlich werden Auswertungsdaten dieses Registers an die teilnehmenden Institutionen und die Ärztekammer Bremen gegeben.

Qualitätssicherung nach der Röntgen- und Strahlenschutzverordnung

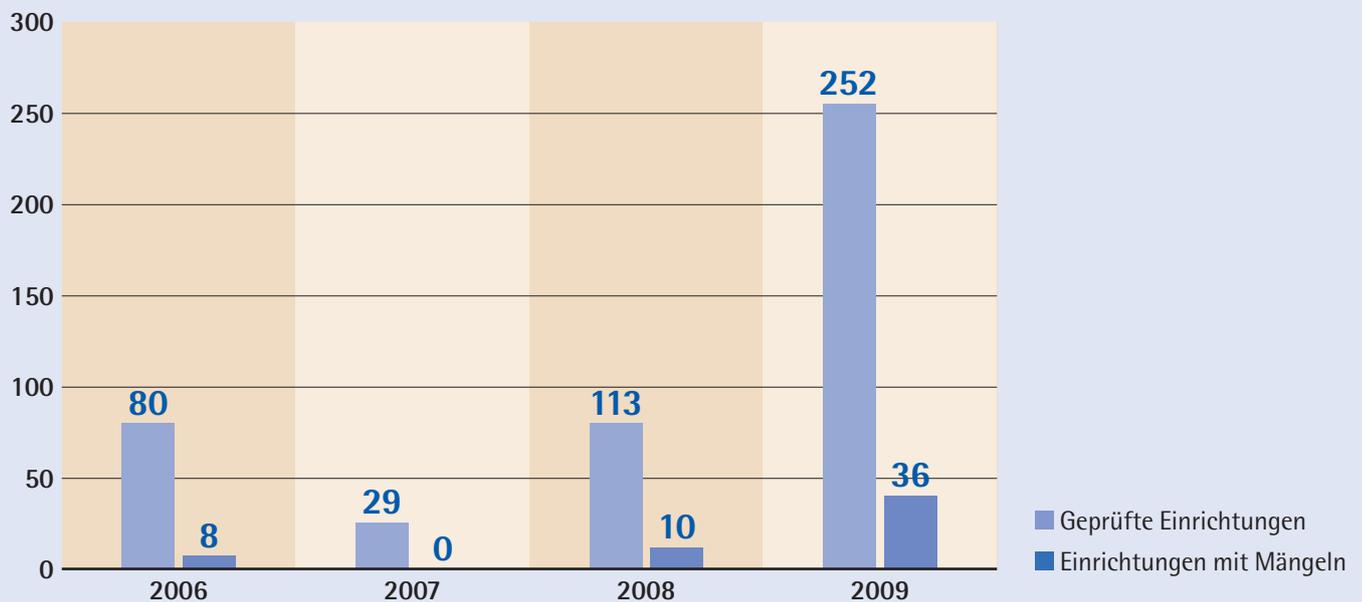
Nach der Röntgenverordnung muss in regelmäßigen Abständen geprüft werden, ob bei der Anwendung von Röntgenstrahlen am Menschen in der Heilkunde die Erfordernisse der medizinischen Wissenschaft beachtet werden und die angewendeten Verfahren und eingesetzten Röntgeneinrichtungen den nach dem Stand der Technik jeweils notwendigen Qualitätsstandards entsprechen, um die Strahlenexposition des Patienten so gering wie möglich zu halten. Die Ärztekammern Bremen und Niedersachsen betreiben zusammen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen die Gemein-



same Stelle nach § 17a der Röntgenverordnung und nach § 83 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung. Die Ärztliche Stelle hat ihren Sitz in Hannover, sie betreut von dort alle in Bremen und Bremerhaven betriebenen Röntgeneinrichtungen, mit denen Röntgenstrahlen auf den lebenden Menschen angewendet werden, und die in der Strahlentherapie und Nuklearmedizin eingesetzten Geräte.

Die Ärztliche Stelle Niedersachsen/Bremen überprüfte im Jahr 2009 252 Röntgeneinrichtungen von 114 Betreibern. Von diesen Betreibern waren 105 Ärzte und 9 Krankenhäuser. Bei 36 Betreibern ergab sich die Notwendigkeit einer Wiedervorlage nach 6-12 Monaten wegen erheblicher Mängel bei der Bildqualität oder im Strahlenschutz bzw. wegen unvollständig eingereicherter Unterlagen. In keinem Fall musste das zuständige Gewerbeaufsichtsamt informiert werden.

Geprüfte Einrichtungen 2005-2009



Ethikkommission

Die Mitglieder der Ethikkommission finden Sie im Anhang auf S. 78.

Die Ärztekammer Bremen hat auf der Grundlage des Bremischen Heilberufsgesetzes eine Ethikkommission eingerichtet. Sie setzt sich zusammen aus Ärzten, einem Juristen, einem Theologen und einem Patientenvertreter. Die Ethikkommission hat die Aufgabe, die im Land Bremen tätigen Ärzte über berufsethische und berufsrechtliche Fragestellungen, insbesondere bei der wissenschaftlichen Forschung sowie der Entwicklung und Anwendung bestimmter therapeutischer Methoden und Verfahren am Menschen, zu beraten. Dazu gehören auch epidemiologische Forschungen mit personenbezogenen Daten sowie Verfahren der Informationsverarbeitung mit therapeutischen Konsequenzen. Die Mitglieder Ethikkommission sind bei der Ausübung ihrer Aufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 22 Studien eingereicht. Damit ist die Zahl der Anträge in etwa gleich geblieben. Zusätzlich wurden fünf Studien aus dem Vorjahr beraten. Zwei Anträge aus 2009 wurden nach kritischer Anfrage zurückgezogen, drei Studien aus den Vorjahren wurden von den Antragstellern nicht weiter verfolgt. Die Kommission hat bis Ende Oktober dreimal getagt, danach erfolgte ein Wechsel in der Besetzung der Kommission.

Insgesamt wurden bis zum 30. September 2009 22 Anträge positiv beschieden, davon sechs mit einer Empfehlung, ein Antrag wurde abgelehnt, zwei Anträge wurden ohne Beratungsbedarf zur Kenntnis genommen. Von den Anträgen wurden 20 Anträge in Sitzungen, zwei Anträge im Umlaufverfahren und vier bei fehlendem Beratungsbedarf als Zweitvoten durch den Vorsitzenden entschieden. Insgesamt 15 Studien waren epidemiologischer Art, davon zwei mit Zuhilfenahme gentechnischer Analysetechniken. Fünf Studien waren Beobachtungsstudien, fünf Studien hatten Verfahrensfragen zum Studieninhalt.

Vom 1. Oktober 2009 bis zum Jahresende wurden 3 Studienanträge eingereicht, wovon aufgrund der neuen Zusammensetzung der Ethikkommission und der damit verbundenen Neustrukturierung nur eine Studie auf der Sitzung am 1. Dezember 2009 abschließend behandelt werden konnte. Die Studie, bei der es sich um eine der fünf bereits genannten Beobachtungsstudien handelt, wurde zustimmend beschieden.

Die Kommission setzte in 2009 Gebühren zwischen 25 € und 200 € fest, insgesamt beliefen sich die Gebühren auf 1.900 €

Die Arbeit war damit kostendeckend.



Lebendspendekommission

Die Ärztekammer hat auf der Grundlage des § 8 Abs. 3 Satz 2 Transplantationsgesetzes eine Lebendspendekommission eingerichtet. Die Kommission setzt sich zusammen aus einem Arzt, einem Juristen, einem Theologen und einem Patientenvertreter. Sie hat die Aufgabe, vor der Entnahme der Organe einer lebenden Person gutachterlich dazu Stellung zu nehmen, ob begründete Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand eines verbotenen Organhandels ist.

Die Lebendspendekommission muss laut Gesetz vor Durchführung einer Lebendspende eingeschaltet werden. Sie soll klären, „ob begründete tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Einwilligung in die Organspende nicht freiwillig erfolgt oder das Organ Gegenstand verbotenen Handelns ist“. Hierzu bedient sich die Kommission psychiatrischer Gutachten, die über Spender und Empfänger vorher zu erstellen sind, sowie eines je etwa halbstündigen Gesprächs mit Spender und Empfänger.

Insgesamt wurden im Jahre 2009 bis zum Ablauf der Amtsperiode am 30. September 2009 sechs gutachterliche Stellungnahmen abgegeben. Hierbei spendeten jeweils einmal ein Ehemann für seine Ehefrau, ein Vater für seinen Sohn, eine Schwester für ihre Schwester, ein Freund für seinen Freund und zweimal eine Mutter für ihren Sohn eine Niere.

Vom 1. Oktober 2009 bis zum Jahresende wurden 4 gutachterliche Stellungnahmen abgegeben. Davon spendete jeweils einmal ein Ehemann für seine Ehefrau, eine Ehefrau für ihren Ehemann und zweimal eine Mutter für ihre Tochter eine Niere.

Die Kommission erhebt für ihre Arbeit Gebühren und arbeitet kostendeckend.

Die Mitglieder der Lebendspendekommission finden Sie im Anhang auf S. 80.

Krankenhauswesen

Die Mitglieder des Ausschusses „Krankenhauswesen“ finden Sie im Anhang auf S. 80.

Aus der Arbeit des Ausschusses Krankenhaus

Der Ausschuss Krankenhaus tagte im Jahr 2009 zweimal. Beratungen fanden statt zu den Themen

- Aktionsbündnis zur Rettung der Krankenhäuser – Aktivitäten in Bremen
- Ambulante Leistungen nach § 116 b SGB V – Planungen in Bremen
- Krankenhausplanung und Krankenhausinvestitionsfinanzierung im Land Bremen
- Stellungnahme zum Positionspapier der FDP-Fraktion zur Krankenhauspolitik des Senats
- Geographisches Krankenhausanalyse-System (GeKAS) – Vorstellung, Möglichkeiten der Nutzung

Das Geographische Krankenhausanalyse-System (GeKAS) wurde von der Bundesärztekammer, basierend auf den Einwohnermeldedaten und den Qualitätsberichten der Krankenhäuser, entwickelt. Ihm sind die Tätigkeitsprofile der jeweiligen Kliniken zu entnehmen, auch sind Berechnungen im Rahmen der Krankenhausplanung möglich. Die Ärztekammer empfiehlt weiterhin als stimmberechtigtes Mitglied in den Krankenhausplanungsausschuss des Landes Bremen aufgenommen zu werden. So kann ärztlicher Sachverstand in die Beratungen verbindlich eingebracht werden. Das Planungsinstrument GeKAS dient hier als wertvolle Unterstützung.



Prävention

Aus der Arbeit des Ausschusses Prävention

Der Ausschuss Prävention hat im Jahre 2009 dreimal getagt. Im Schwerpunkt hat der Ausschuss die Themen Demenz und die Pandemie der Neuen Grippe beraten. Weitere Beratungsthemen waren der Präventions-Kongress der Bundesärztekammer, das Präventionsgesetz und lokale Aktivitäten in der Prävention.

Demenz

Zur Einführung in das Thema Demenz hatte der Ausschuss Frau Meier von der Demenz Informations- und Koordinationsstelle (DIKS) in Bremen eingeladen. Die DIKS besteht seit Oktober 2003. Sie ist eine unabhängige und zentrale Beratungsstelle, die mit allen Einrichtungen in der Stadt Bremen zusammenarbeitet.

Die DIKS bietet Informationen und kostenlose Beratung für Angehörige von demenzkranken Menschen an. Ziel ist es, Angehörige in der Pflege der Demenzkranken zu unterstützen und zu entlasten. Die Lebensqualität der Erkrankten sowie der Angehörigen soll so gut als möglich erhalten bleiben. Unterstützung wird telefonisch, per Mail oder in persönlichen Beratungsterminen geboten. Für Angehörige wird das Bremer Handbuch Demenz angeboten, das über entlastende und spezialisierte Einrichtungen und Angebote für demente Menschen in der Stadt Bremen informiert.

Das Angebot des DIKS bezieht sich auf:

- Informationen zu allen Hilfsangeboten, die es für Angehörige und Demenzkranken in Bremen gibt.
- Auskünfte zum Krankheitsbild der demenziellen Erkrankungen und zum Krankheitsverlauf.
- Informationen zu den Formalitäten, die nötig sind, Hilfsangebote z. B. durch die Pflegekasse finanzieren zu lassen.
- Unterstützung bei der Auswahl der passenden Hilfsangeboten (ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste).
- Informationen und Entlastung durch Angehörigengruppen.
- Beratung in Überlastungssituationen in einem persönlichen Gespräch mit der Psychologin der Demenz Informations- und Koordinationsstelle.
- Ein Notruftelefon für pflegende Angehörige.

Die Mitglieder des Ausschusses „Prävention“ finden Sie im Anhang auf S. 81.

Aus dieser Einführung und der sich anschließenden Diskussion wurden vier wesentliche Punkte herausgearbeitet:

- Ist ein Demenz-Screening als präventive Maßnahme sinnvoll?
- Welche Schritte sind für eine gesicherte Diagnose notwendig?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Diagnose?
- Wie sind die Wirkungen einer Arzneimitteltherapie einzuschätzen?

Hausärztlich-geriatrisches Basisassessment

Herr Bakker berichtete über das hausärztlich-geriatrische Basisassessment, dem drei wesentliche Leistungsinhalte zugrunde liegen, die u.a. im EBM unter der Ziffer 03341 näher spezifiziert sind. Er geht dabei auf die einzelnen Test-Verfahren (z.B. Timed up & go, Chair-Rise) ein, die bei der Diagnostik herangezogen werden. Er verweist insbesondere auf die Beurteilung der Sturzgefahr, da etwa 30 % der zu Hause lebenden Menschen über 65 Jahre und etwa 50 % der über 80-Jährigen mind. einmal pro Jahr stürzen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird deutlich, wie wichtig präventive Aktivitäten in diesem Bereich sind.

Diese können in der besseren Verbreitung der Informationen über die Testverfahren in den Praxen liegen. Sportliche Aktivitäten sind für diese Altersgruppe von besonderer Bedeutung. Durch eine stärkere Thematisierung in der Öffentlichkeit könnte eine höhere Sensibilität erzielt werden.

H1N1- Grippe

In einer gesonderten Sitzung hat sich der Ausschuss mit den Aktivitäten befasst, die zur sog. „Neuen Grippe“ A/H1N1 sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene getroffen wurden.

Herr Bakker und Herr Dr. med. Götz stellten die Aktivitäten und Strukturen vor, die für die Versorgung der Bevölkerung im Land Bremen getroffen wurden. Für alle Beteiligten war die Vielfalt der Informationen, die zu einzelnen Aspekten der Impfung verbreitet wurden, immer wieder mit großen Aufwänden verbunden. Als besonders hilfreich wurden die Informationen des RKI auf deren Homepage als auch im Epidemiologischen Bulletin und dem Influenza-Wochenbericht bewertet.



Be smart - don't start

Seit mehreren Jahren unterstützt die Ärztekammer Bremen das Präventionsprogramm Be smart - don't start, das sich an Jugendliche im Alter von 10-15 Jahren wendet.

Der Wettbewerb „be smart – don't start“ will die Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisieren und den Einstieg in das Rauchen bei nichtrauchenden Schülerinnen und Schülern verhindern. Die Schülerinnen und Schüler, die bereits mit dem Rauchen begonnen haben, sollen motiviert werden, damit aufzuhören.

Um die Ziele zu erreichen, verpflichten sich Schulklassen, in denen weniger als 10 % der Schüler rauchen, auf freiwilliger Basis für den Zeitraum von November bis April eines Schuljahres nicht zu rauchen.

Die Ärztekammer unterstützt den Wettbewerb, indem sie für die Siegerklassen einen attraktiven Preis spendet. Im vergangenen Jahr gewann eine Schulklasse der Oberschule Ronzelenstraße eine Kanufahrt auf der Wümme.

Sport pro Gesundheit

Seit vielen Jahren unterstützt die Ärztekammer Bremen den Landessportbund und sein Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“. Das Qualitätssiegel garantiert ein zielgruppengerechtes Angebot, qualifizierte Leitung der Sportangebote, einheitliche Organisationsstrukturen, einen präventiven Gesundheitscheck und ein begleitendes Qualitätsmanagement.

Mit finanzieller Unterstützung der Ärztekammer Bremen gibt der Landessportbund jährlich die Broschüre „Gesundheitssport“ heraus. Sie ist kostenlos und gibt Ärzten und Patienten einen Überblick über die Gesundheitssportprogramme der Bremer Sportvereine, die mit dem Siegel „Sport pro Gesundheit“ ausgezeichnet wurden.

Ausschuss Ärztinnen

Die Mitglieder des Ausschusses „Ärztinnen“ finden Sie im Anhang auf S. 76.

Im Jahr 2009 tagte der Ausschuss Ärztinnen fünf Mal.

Gynäkologische Versorgung mobilitätsbehinderter Frauen

Neben verschiedenen Themen, die jeweils tagesaktuell diskutiert wurden, begleitete der Ausschuss das Projekt „Gynäkologische Versorgung mobilitätsbehinderter Frauen“. Ein Runder Tisch mit VertreterInnen der Krankenkassen, KV, Ärztekammer, Berufsverband der Frauenärzte, Selbsthilfegruppen, senatorische Behörde, Behindertenbeauftragter und Gleichstellungsbeauftragte erarbeitet Voraussetzungen, eine barrierefreie ambulante Versorgung mobilitätsbehinderter Frauen zu schaffen. Unter dem Motto „Austausch – Wissen – Verständnis“ organisierten der Berufsverband der Gynäkologen (Landesverband Bremen), die Ärztekammer und das Netzwerk Behinderter Frauen Bremen zwei Fortbildungen. Neben medizinischen Fakten war insbesondere der Dialog zwischen Ärztinnen und Ärzten und den mobilitätsbehinderten Frauen erklärtes Ziel.

Weiterhin verfassten die Ausschuss-Mitglieder einen Artikel im Bremer Ärztejournal zu dem Thema „Arbeitszeitgestaltung als Vertragsärztin“.

Längere Überlegungen wurden angestellt, ein Mentoring-Programm für junge Ärztinnen zu initiieren. Letztlich erschien der Aufwand bei fraglichem Interesse zu groß.



Schlichtungsausschuss

Der Schlichtungsausschuss hat nach der Satzung die Aufgabe, Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammerangehörigen ergeben, zu schlichten oder einen Schiedsspruch zu fällen. Ein Schlichtungsverfahren kann nur durchgeführt werden, wenn beide Seiten dazu ihr Einverständnis erklären. Im Jahr 2009 bestand keine Notwendigkeit, ein Schlichtungsverfahren durchzuführen.

Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses finden Sie im Anhang auf S. 82.

Neue Versorgungsformen

Der Ausschuss „Neue Versorgungsformen“ hat sich im April 2008 konstituiert. Auf die Wahl eines Vorsitzenden wurde verzichtet, da die wesentlichen Fragen, die sich aus der Öffnung der Berufsordnung und dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz ergeben haben, in der vergangenen Legislaturperiode beraten wurden. Der Ausschuss wird tätig, soweit konkrete Lösungen zu erarbeiten sind, die vom Vorstand oder der Delegiertenversammlung erwartet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses „Neue Versorgungsformen“ finden Sie im Anhang auf S. 81.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitglieder des Redaktionsausschusses und des Pressebeirats finden Sie im Anhang auf S. 82.

Bremer Ärztejournal

Das wichtigste Instrument für die Öffentlichkeitsarbeit ist das zehnmal im Jahr zum 1. eines Monats erscheinende Bremer Ärztejournal. Die redaktionelle Arbeit wird vom Redaktionsausschuss geleistet, der monatlich über die einzelnen Ausgaben berät und entscheidet. Der Pressebeirat berät und beschließt die inhaltliche Schwerpunktsetzung der einzelnen Ausgaben.



Titelthemen des Bremer Ärztejournal im Jahr 2009



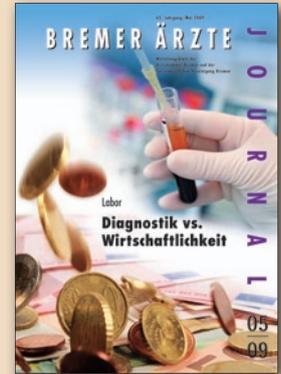
02/2009
Problem Schnittstelle



03/2009
Inkontinenz



04/2009
Infektionen und Resistenzentwicklung



05/2009
Labor



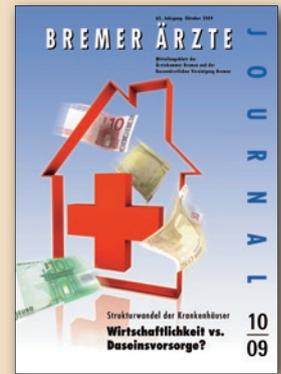
06/2009
Arbeitszeit



07-08/2009
50 Jahre Ärztekammer Bremen



09/2009
Geriatric



10/2009
Strukturwandel der Krankenhäuser



11/2009
Psychotherapie



12/2009 - 01/2010
Arztberuf - Anspruch und Wirklichkeit

Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit

Die Ärztekammer gab mehrere Pressemitteilungen heraus, in denen sie zu aktuellen Themen informierte und Stellung bezog.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch über die gemeinsam mit dem Landessportbund herausgegebene Broschüre „Sport pro Gesundheit“, über die Freisprechung von neu ausgebildeten Arzthelferinnen, das Kammerjubiläum sowie über Veranstaltungen und Positionen der Ärztekammer informiert.

Kammerjubiläum

Mit Inkrafttreten des ersten Heilberufsgesetzes am 1. Juli 1959 wurde die Ärztekammer Bremen gegründet. Dies war Anlass, im vergangenen Jahr auf 50 Jahre erfolgreiche Kammergeschichte zurückzublicken. Am 18. September 2009 konnte die Kammer zahlreiche Ärztinnen und Ärzte, Repräsentanten aus der Bundesärztekammer, aus befreundeten Kammern, aus der Politik und dem Bremischen Gesundheitswesen in der Oberen Rathaushalle begrüßen, um das 50jährige Jubiläum zu feiern.

Nach der Begrüßung des Präsidenten, den Grußworten der Senatorin für Gesundheit, Frau Rosenkötter, und dem Vizepräsidenten der Bundesärztekammer, Herrn Dr. med. Montgomery, gab der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Charité, Herr Professor Dr. med. Ganten, den Gästen in seinem Festvortrag einen Einblick in die „Evolution der Medizin“. Im Anschluss ließen die Gäste den Nachmittag bei einem Sektempfang in der Oberen Rathaushalle ausklingen.

Begrüßungstag für neue Kammermitglieder

Erstmals lud die Ärztekammer im Jahr 2009 neue Kammermitglieder zu einem Begrüßungsnachmittag ein. Die Neumitglieder bekamen die Gelegenheit, die hauptamtlichen Ansprechpartner der Kammer und die ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und Ärzte persönlich kennen zu lernen. Der informelle Rahmen des Begrüßungsnachmittags schuf ein Forum, bei dem Kontakte geknüpft und Interesse an der Kammerarbeit geweckt werden konnte.

Perspektiven der Gesundheitspolitik ab 2010

Gemeinsam mit der Bremer Krankenhausgesellschaft veranstaltete die Ärztekammer im Vorfeld der Bundestagswahl eine Diskussionsrunde zu den Perspektiven der Gesundheitspolitik 2010. Nach einführenden Statements des Präsidenten der Ärztekammer, Dr. med. Klaus-Dieter Wurche, und des Vorsitzenden der HBKG, Herrn Jürgen Scholz, standen die gesundheitspolitischen Sprecher der Bremer Bürgerchaftsfraktionen Rede und Antwort.



Wirtschaftliche Lage der Ärztekammer

Aus der Arbeit des Finanzausschusses

Der Finanzausschuss hat im Jahr 2009 zweimal getagt. Im Mittelpunkt der Frühjahrs-sitzung stand der Jahresabschluss 2008, dessen einzelne Ausgabe-positionen intensiv diskutiert wurden. Der Jahresabschluss der Versicherungsvermittlungsgesellschaft der Ärztekammer Bremen mbH wurde ebenfalls geprüft. In der Herbstsitzung standen der Entwurf des Haushaltsplans 2010 der Ärztekammer sowie die Festsetzung des Kammerbeitrages auf der Agenda. Ebenfalls beraten wurden die Jahresabschlüsse und Haushaltspläne der „Unabhängigen Patientenberatung Bremen“, an der die Ärzte-kammer Bremen finanziell beteiligt ist, sowie der „Schlichtungsstelle der norddeut-schen Ärztekammern“.

Ausführlich diskutiert wurden die geplanten Aufwendungen, die für 2009 leicht über dem Ansatz für 2008 lagen. Grund dafür ist - neben tariflichen Gehaltserhöhungen - das im Jahr 2009 anstehende 50jährige Kammerjubiläum. Auch die Einnahme-erwartungen aus den Gebühren und dem Kammerbeitrag, der seit mehreren Jahren konstant bei 0,52 % liegt, waren Gegenstand der Diskussion.

Im Ergebnis hat der Finanzausschuss der Delegiertenversammlung vorgeschlagen, den Haushaltsplan 2010 wie vom Vorstand vorgelegt zu beschließen und den Hebesatz für das Jahr 2010 wie in den Vorjahren auf 0,52 % festzusetzen. Diesem Vorschlag folgte die Delegiertenversammlung mit großer Mehrheit.

Wirtschaftliche Lage 2009

Die Ärztekammer konnte das Haushaltsjahr 2009 erneut mit einem Überschuss abschließen, der vor Verwendung von Rücklagen 99.526 T€ betrug. Grund dafür war eine sparsame Haushaltsführung, aber auch die guten Einnahmen aus Kammer-beiträgen und Gebühren. Die Personalaufwendungen lagen im Jahr 2009 rund 11 T€ unter dem Haushaltsvoranschlag (1028 T€). Die Aufwendungen für die Selbstverwal-tung betrugen 151 T€. Die Aufwendungen für Sachkosten betrugen etwa 559 T€. 132 T€ mussten für die Finanzierung der Bundesärztekammer bereitgestellt werden. An Abschreibungen sind rund 60 T€ angefallen.

Neben den Beitragseinnahmen in Höhe von rund 1.418 T€ wurden 122 T€ für die Ausbildung der medizinischen Fachangestellten eingenommen sowie rund 330 T€ an zweckgebundenen Erträgen, vor allem an Teilnehmerbeiträgen für Fort- und Weiter-bildungsmaßnahmen und sonstigen Gebühren. Die übrigen Erträge (Zinsen, Miet-erträge) fielen mit rund 150 T€ niedriger aus als im Vorjahr.

| | Ist 2008 Euro | Ist 2009 Euro | Differenz Ist 08/Ist 09 |
|---------------------------------------|------------------|------------------|----------------------------|
| Aufwendungen | | | |
| Personalkosten | 955.878 | 1.028.912 | 73.034 |
| Vorstand/Bezirksstelle Bremerhaven | 144.291 | 151.415 | 7.124 |
| Kammerwahl | 0 | 0 | 0 |
| Sachaufwand | 531.920 | 559.077 | 21.157 |
| Aufwand Bundesärztekammer | 128.930 | 132.219 | 3.289 |
| Abschreibungen | 58.263 | 60.012 | 1.749 |
| Summe der Aufwendungen | 1.819.282 | 1.931.635 | 112.353 |
| Erträge | | | |
| Kammerbeitrag | 1.382.237 | 1.418.240 | 36.003 |
| Gebühren der Akademie | 109.593 | 155.826 | 46.233 |
| Gebühren Ausbildung MFA | 121.625 | 122.020 | 395 |
| Sonstige Gebühren | 138.537 | 176.573 | 38.036 |
| Zinsen | 74.284 | 48.746 | -25.538 |
| Mieterträge | 83.460 | 83.601 | 142 |
| Sonstige Erträge | 45.949 | 26.154 | -19.795 |
| Summe der Erträge | 1.955.685 | 2.031.161 | 75.476 |
| Überschuss/Verlust | 136.403 | 99.526 | |



Geschäftsstelle der Ärztekammer in Bremen

Zentrale

In die Geschäftsstelle in Bremen sind im Jahr 2009 etwa 2.000 unangemeldete Besucher gekommen, vor allem Kammermitglieder, in die Bezirksstelle Bremerhaven rund 1250 Besucher. In der Telefonzentrale (incl. Bremerhaven) sind auch in diesem Jahr circa 20.000 Telefonanrufe angenommen worden, die zum größten Teil direkt von den Mitarbeiterinnen in der Zentrale bearbeitet oder beantwortet werden konnten. Darüber hinaus nimmt die Kommunikation über das Internet stetig zu. Neben einer Vielzahl von E-mails konnte die Kammer etwa 20.000 Zugriffen auf den Internetauftritt der Ärztekammer Bremen unter www.aekhb.de verzeichnen. Von der Ärztekammer sind im Jahr 2009 etwa 900 Arztausweise (incl. Verlängerungen) ausgestellt worden.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Trotz Mehrarbeit in allen Bereichen konnte die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Jahr 2009 konstant gehalten werden.

Personal (am 31.12.2009)

Geschäftsführung:

| | |
|---|----------------------------|
| Hauptgeschäftsführerin | PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Stellvertretender Hauptgeschäftsführer | Franz-Josef Blömer |

Mitarbeiter/innen:

| | |
|--|---|
| Sekretariat Präsident / HGF Ethikkommission, Lebenspendekommission | Gudrun Digby-Worsley Angelika Reuke (20 Std., ab 1. Oktober 2009) |
| Ärztliche Weiterbildung | Brigitte Bruns-Matthießen (30 Std.) (ärztliche Leitung) Nina Hölscher Heide Bohlen (29 Std.) Susanne Freitag (30 Std.) Daniela Poggensee (19 Std.) |
| Akademie für Fort- und Weiterbildung | Dr. med. Susanne Hepe (ärztliche Leitung, 30 Std.) Friederike Backhaus Yvonne Länger (22 Std.) Kirsten Brünjes (30 Std.) |
| Medizinische Fachangestellte, Beiträge | Anja Neumann (30 Std.) |
| Meldewesen, Beiträge | Edelgard Vogler |
| Beschwerden, Rechnungswesen | Andreas Laesch |
| Empfang, Telefonzentrale, Beschwerden, Meldewesen | Dagmar Penschinski |
| EDV | Nicole Gerken (bis 31. März 2009) Ines Klaaßen (ab 1. März 2009) |
| Bezirksstelle Bremerhaven | Claudia Utermöhle |
| Auszubildende | Lena Wrieden; André Heuer |
| Justitiar | RA und Notar Wolf Martin Nentwig |



Bezirksstelle Bremerhaven

Die Ärztekammer unterhält in Bremerhaven eine eigene Bezirksstelle. Die Bezirksstelle befindet sich im St. Joseph-Hospital, Wiener Straße 1, 27568 Bremerhaven.

In der Bezirksstelle werden grundsätzlich alle Aufgaben wahrgenommen, für die die Ärztekammer zuständig ist. Die Tätigkeit der Bezirksstelle erfolgt in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle in Bremen. Mitarbeiterin in der Bezirksstelle ist Frau Claudia Utermöhle. In der Bezirksstelle erschienen im Laufe des Jahres 2009 ca. 1250 Besucher und es gingen annähernd 6000 Telefongespräche ein.

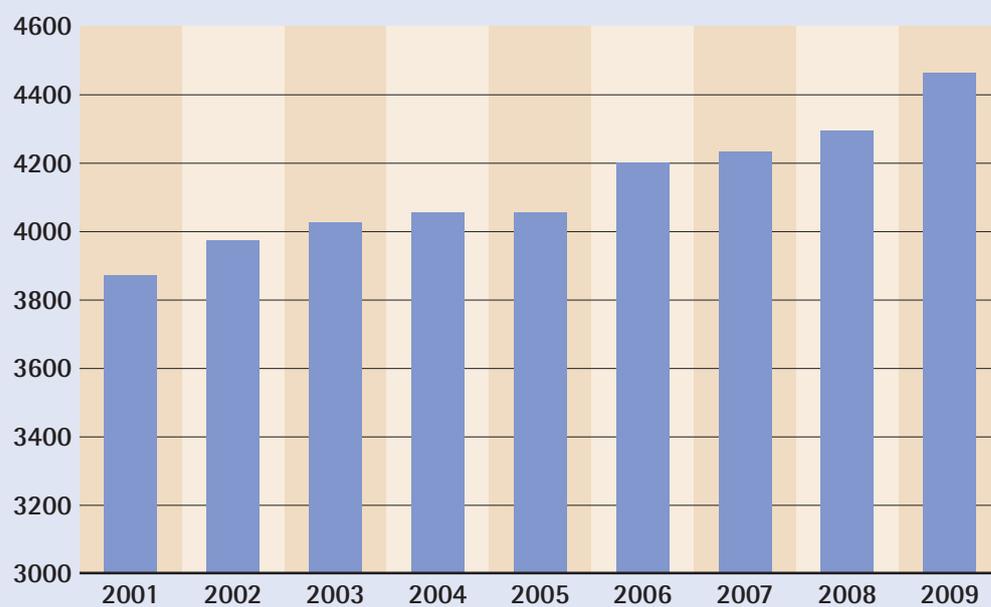
Außerdem wird von der Bezirksstelle die einmal jährlich stattfindende, sechstägige Gesundheitswoche organisiert, die große Resonanz in der Öffentlichkeit findet. 2009 fand die 18. Bremerhavener Gesundheitswoche in der Zeit vom 5.-10. September 2009 in der Stadthalle Bremerhaven statt. An der Gesundheitswoche haben 88 Referentinnen und Referenten mitgewirkt. Von den insgesamt ca. 4.500 Personen besuchten rund 1.300 Schülerinnen und Schüler sowie 350 Kindergartenkinder das Programm am Vormittag. Im Rahmen der Gesundheitswoche gab es wieder eine gut besuchte kombinierte Lehrer-Ärztefortbildung. Die Vorbereitungsgruppe, der Fachgruppenausschuss „Gesundheit“ wird seit 1991 von Herrn Klaus Struck geleitet.

Vorsitzender der Bezirksstelle Bremerhaven ist Dr. med. Klaus-Dieter Wurche.

Mitgliederstatistik

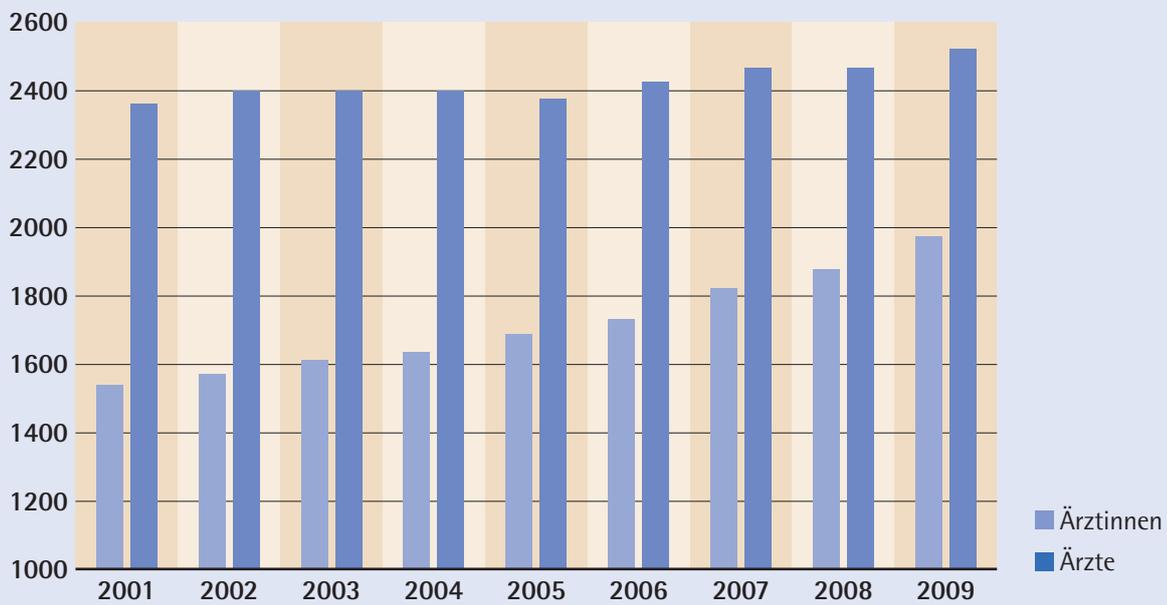
Zum 31. Dezember 2009 waren in der Ärztekammer Bremen 4.521 Ärztinnen und Ärzte gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr sind 160 neue Mitglieder hinzugekommen. Damit hat es eine deutliche Steigerung gegenüber den Jahren 2007 und 2008 gegeben, in denen die Mitgliederzahl nahezu konstant blieb.

Ärztinnen und Ärzte zum 31.12.2009



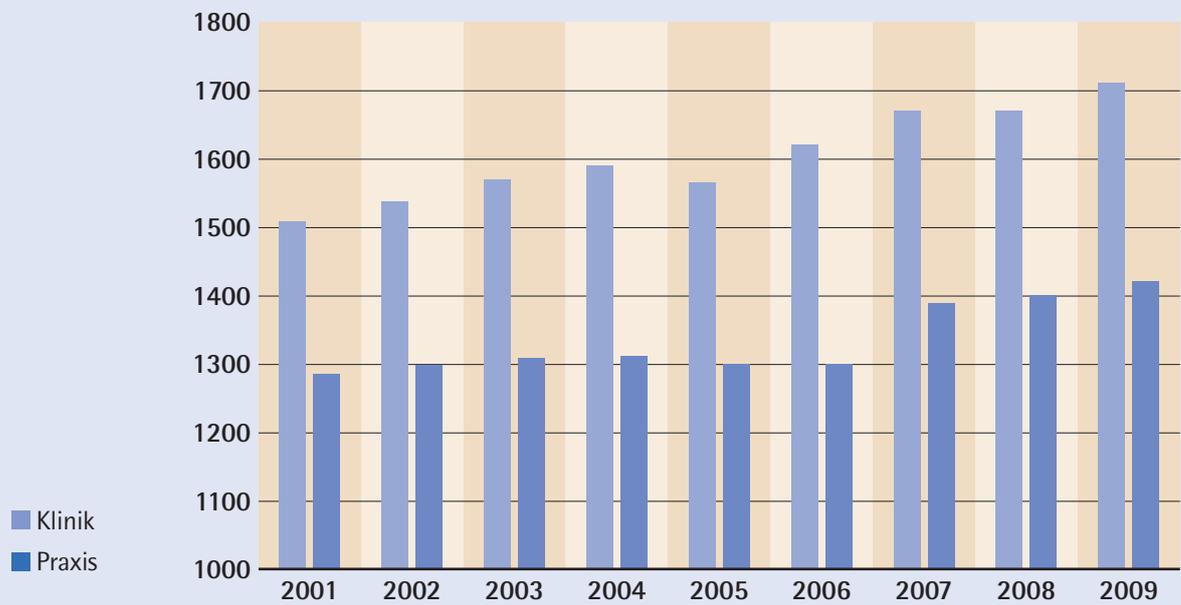


Während der Anteil der Ärztinnen im Jahre 2001 bei einem relativen Anteil von 39 % lag, ist dieser Anteil bis zum Jahre 2007 auf 43 % gestiegen. Im Jahre 2009 ist dieser Anteil um einen weiteren Punkt auf 44 % gestiegen.



Der sehr positive Zuwachs bei den Mitgliederzahlen verteilt sich relativ gleichmäßig auf die Praxen (+ 47 Ärztinnen/Ärzte) und Kliniken (+ 54 Ärztinnen/Ärzte).

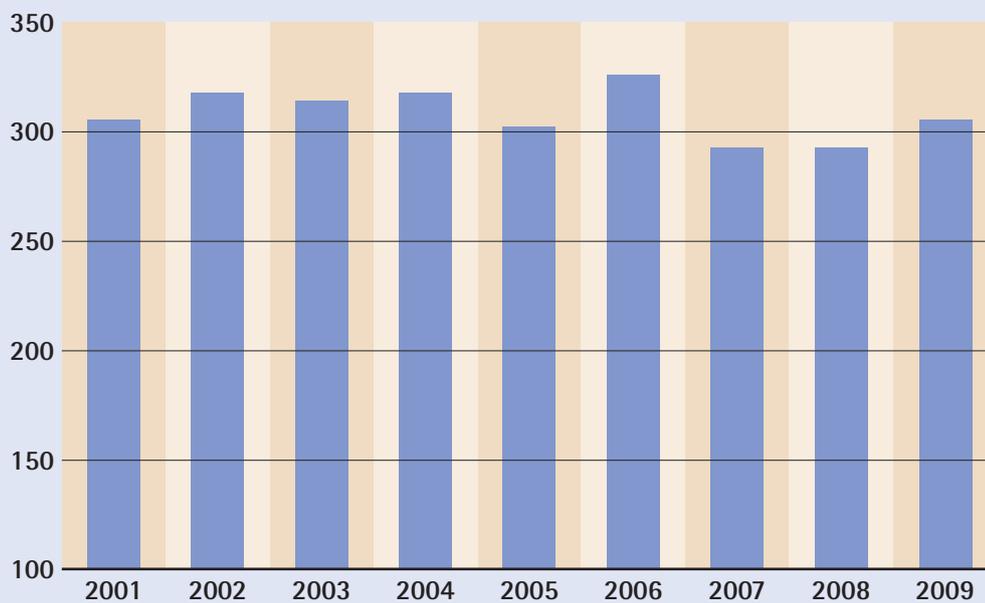
Ärztinnen/Ärzte in Klinik und Praxis





Das Tätigkeitsfeld der „Sonstigen Tätigkeiten“, zu denen Ärztinnen und Ärzte u. a. im Medizinischen Dienst, Gesundheitsamt, in Versicherungsanstalten und Betriebsärzte gehören, ist nach einem deutlichen Rückgang im Jahre 2007 um 21 Zugänge angestiegen.

Ärztinnen und Ärzte in Sonstigen Tätigkeiten



Gesamtübersicht der Entwicklung der Mitglieder in den letzten fünf Jahren im Lande Bremen nach Tätigkeitsfeldern

| | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Niedergelassene Ärzte | 1.312 | 1.310 | 1.401 | 1.413 | 1.460 |
| Krankenhausärzte | 1.584 | 1.652 | 1.696 | 1.692 | 1.746 |
| Ärzte in sonstigen Bereichen incl. Praxisassistenten | 318 | 348 | 296 | 296 | 317 |
| ohne ärztl. Tätigkeit | 895 | 916 | 937 | 960 | 998 |
| Gesamt | 4.109 | 4.292 | 4.330 | 4.361 | 4.521 |

Versorgungswerk der Ärzttekammer Bremen

Das Versorgungswerk ist eine Einrichtung der Ärztekammer Bremen, die als Sondervermögen getrennt verwaltet wird. Aufgabe des Versorgungswerks ist es, seine Mitglieder im Alter und bei Berufsunfähigkeit sowie deren Hinterbliebene abzusichern.

Organe des Versorgungswerks

Delegiertenversammlung der Ärztekammer

Die Delegiertenversammlung beschließt über Satzungsänderungen und Leistungsanhebungen, stellt den Jahresabschluss fest und wählt die Mitglieder des Verwaltungs- und des Aufsichtsausschusses. Die Delegiertenversammlung war 2009 zweimal mit Themen des Versorgungswerks befasst.

Aufsichtsausschuss

Der Aufsichtsausschuss erstellt die Richtlinien für die Kapitalanlagen des Versorgungswerks, überwacht die Geschäftstätigkeit, entscheidet über Widersprüche gegen Bescheide des Verwaltungsausschusses, prüft die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung und bestellt den Wirtschaftsprüfer. Er tagte im Jahr 2009 dreimal, davon einmal zusammen mit dem Verwaltungsausschuss.

Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss entscheidet als geschäftsführendes Organ über Anträge auf Berufsunfähigkeitsrente und Beitragsermäßigungen, die Strategie der Vermögensanlagen, über Anlagen im Wertpapierbereich sowie über Vorschläge zur Änderung der Satzung bzw. der Leistungen. Der Ausschuss tagte im letzten Jahr siebenmal.

Anlageausschüsse

Anlageausschuss des Masterfonds

Der Anlageausschuss des Masterfonds, in dem die Wertpapierfonds des Versorgungswerks zusammengeführt sind, tagte 2009 zweimal. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses sowie Vertretern der Depotbank, der Kapitalanlagegesellschaft und des Portfoliomanagements zusammen.

Anlageausschuss des Immobilienspezialfonds

Der Anlageausschuss eines Immobilienspezialfonds, der zusammen mit drei ärztlichen Versorgungswerken und vier Versorgungseinrichtungen aus anderen Berufsständen aufgelegt ist, tagte 2009 einmal in Saarbrücken und einmal in Hamburg.



Jahresabschluss 2008

Dem vom Versorgungswerk beauftragten versicherungsmathematischen Sachverständigen, der Heubeck AG, Köln, wurden die erforderlichen Daten zur Erstellung des versicherungsmathematischen Gutachtens übermittelt. Aus diesen Berechnungen ergeben sich u.a. die Höhe der notwendigen Rückstellungen zur Abdeckung aller künftigen Verpflichtungen des Versorgungswerks sowie eventuelle freie Mittel zur Anhebung der Leistungen. Die Deckungsrückstellung belief sich zum 31.12.2008 auf € 696,7 Mio. (Vorjahr € 683,7 Mio.), die Bilanzsumme stieg auf € 718,2 Mio. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 erfolgte im Mai 2009 durch die vom Aufsichtsausschuss bestellte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Waren-treuhand AG.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte dem Jahresabschluss des Versorgungswerks einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

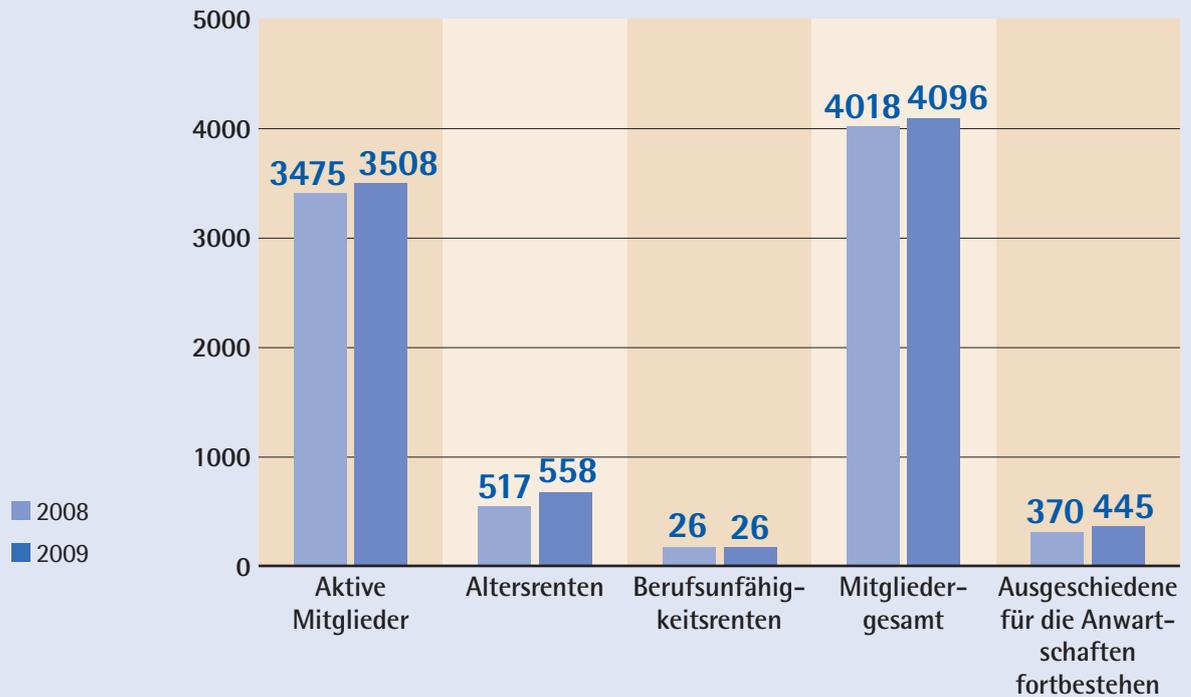
Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen stellte am 23. November 2009 den Jahresabschluss 2008 des Versorgungswerks fest und entlastete den Aufsichts- und Verwaltungsausschuss.

Leistungen des Versorgungswerks bleiben auch 2010 konstant

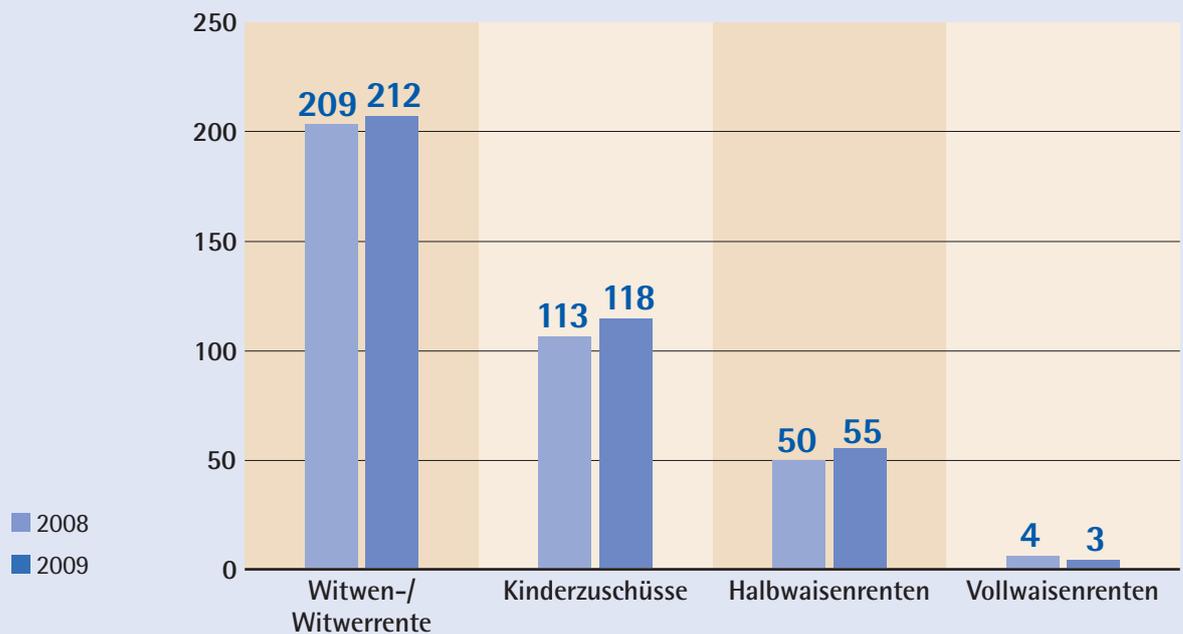
Die Belastungen aus der weltweiten Finanzkrise, die nach wie vor bestehenden Risiken sowie die zur Abdeckung der festgestellten längeren Lebenserwartung noch erforderliche Rücklagendotierung in Höhe von € 48,5 Mio. veranlassten die Delegiertenversammlung, auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses vorsorglich auch zum 01.01.2010 auf eine Anhebung der Renten und der Anwartschaften zu verzichten. Die allgemeine Rentenbemessungsgrundlage (§ 20 Abs. 4 der Satzung) wird damit auch im nächsten Jahr € 46.587,92 betragen.

Mitgliederstatistik

Mitgliederstand des Versorgungswerks



Bestand der übrigen Leistungsempfänger





Beiträge zum Versorgungswerk

Der maßgebliche Beitragssatz belief sich im Jahr 2009 analog zur gesetzlichen Rentenversicherung auf 19,9%, bezogen auf die Beitragsbemessungsgrenze von € 5.400,00 (West) ergab sich dementsprechend eine allgemeine Versorgungsabgabe i. H. v. € 1.074,60 monatlich. Die Beitragseinnahmen beliefen sich 2009 auf durchschnittlich ca. € 3,2 Mio. monatlich, davon wurden jeweils ca. € 1,4 Mio. per Lastschrift eingezogen. Ein Teil der niedergelassenen Mitglieder nahm eine Beitragsermäßigung zu Lasten der späteren Rentenhöhe in Anspruch. Hierfür sind jeweils Abstimmungen mit den erreichten Einkünften erforderlich. Bei Honorartätigkeiten ist im Hinblick auf die Höhe des anzuwendenden Beitragssatzes auch zu prüfen, ob ein oder mehrere Auftraggeber vorhanden sind. Alle Beitrag zahlenden Mitglieder haben eine Bescheinigung über die im Vorjahr geleisteten Beiträge und eine Mitteilung über den erreichten Stand ihrer Anwartschaft auf Altersrente erhalten.

Rentenzahlungen des Versorgungswerks

Das Versorgungswerk zahlte 2009 monatlich im Voraus Renten von durchschnittlich ca. 1,8 Mio. Euro aus. Es wurden 25 vorgezogene und 28 reguläre Altersrenten, 8 Berufsunfähigkeitsrenten sowie 9 Witwenrenten neu bewilligt. Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen wurden bei einem beträchtlichen Teil der Rentenempfänger Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung einbehalten und monatlich an verschiedene Krankenkassen im Bundesgebiet abgeführt. Bei diversen Rentenempfängern waren Kürzungen aus Versorgungsausgleich sowie Pfändungen und Abtretungen zu berücksichtigen. Zehn Renten wurden monatlich an im Ausland lebende Empfänger überwiesen.

Vermögensanlagen des Versorgungswerks

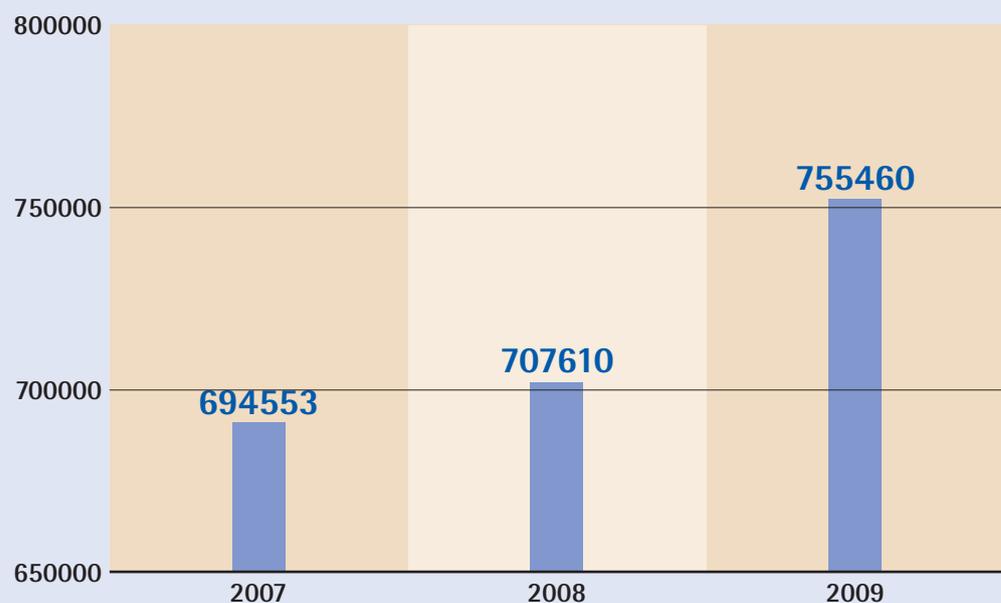
Die Zuflüsse aus fälligen oder vorzeitig veräußerten Wertpapieren, Versorgungsabgaben, Mieten und Erträgen aus Kapitalanlagen sind unter Beachtung der Bestimmungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes, der Anlageverordnung für Versicherungsunternehmen und der Anlagerichtlinien des Aufsichtsausschusses sicher und rentabel unter Beachtung einer angemessenen Risikostreuung anzulegen. Das angesammelte Kapital dient der Abdeckung der laufenden und künftigen Rentenansprüche der Mitglieder.

Zur Ermittlung der eigenen Risikotragfähigkeit wird quartalsweise das gesamte Vermögen des Versorgungswerks durch die Depotbank analysiert. Die vorhandenen Risiken werden ermittelt und bewertet. Zur Bestimmung des Risikos der Vermögensanlagen wird darüber hinaus vom Versorgungswerk monatlich nach einem Leitfaden der ABV, welcher mit den Aufsichtsbehörden abgestimmt wurde, eine so genannte

Risikokennziffer ermittelt. Per 31.12.2009 befand sich das Versorgungswerk in der niedrigsten Risikoklasse 1. Die Risikotragfähigkeit des Vermögens wird vom Versorgungswerk ebenfalls monatlich durch Belastungsüberprüfungen anhand im Voraus festgelegter Szenarien (Kursverluste am Aktien- und/oder am Rentenmarkt) vorgenommen. Zur Ermittlung der Bonitätsrisiken werden aus verschiedenen Quellen Informationen über die jeweiligen Emittenten (Kreditnehmer) gesammelt. Bei den Emittenten, für die ein Rating vorhanden und ermittelbar ist, wird dieses monatlich auf eventuelle Veränderungen hin geprüft. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen monatlich in Bezug auf die Einhaltung der Anlagerichtlinien und der gesetzlichen Bestimmungen überprüft (Anlagearten, Emittentenquoten etc.). Die Fälligkeitsstruktur der Rentendirektanlagen wird monatlich ermittelt und bei der Neuanlage berücksichtigt.

Das Vermögen des Versorgungswerks war am 31.12.2009 mit 36,07 % in Schuldscheindarlehen, mit 30,26 % in Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefen, mit 0,01 % in festverzinslichen Wertpapieren, zu 29,01 % in Wertpapierfonds, zu 4,39 % in Immobilien und Immobilienfondsanteilen sowie zu 0,26 % in Termingeldern angelegt.

Vermögen des Versorgungswerks der Ärztekammer Bremen am 31.12. in T€



Alle Zahlenangaben zum Jahr 2009 sind vorläufig und unverbindlich!



Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit

Vertreter des Versorgungswerks nahmen an den Sitzungen der Ständigen Konferenz der Bundesärztekammer „Ärztliche Versorgungswerke“, den Treffen der Geschäftsführer berufsständischer Versorgungseinrichtungen sowie der Mitgliederversammlung und den zu verschiedenen Themen erfolgten Informationsveranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungswerke (ABV) teil.

Mitglieder

Im Jahr 2009 wurden 120 Ärzte und 150 Ärztinnen neu in das Versorgungswerk aufgenommen, davon 95 mit Überleitung. 101 Mitglieder ließen ihre hier eingezahlten Beiträge nach Wegzug aus Bremen an andere Versorgungswerke überleiten.

Infolge des mit Wirkung vom 1.01.2005 neu geregelten Lokalitätsprinzips stieg die Zahl der ausgeschiedenen Mitglieder, für die Anwartschaften fortbestehen, auf 445. Diese können später bei den Versorgungswerken oder Rententrägern im EU-Ausland, bei denen sie zeitweilig Rentenversicherungsbeiträge eingezahlt haben, entsprechend anteilige Leistungsansprüche geltend machen.

Elektronisches Arbeitgebermeldeverfahren

Mit Inkrafttreten des SGB IV – Änderungsgesetzes am 01.01.2008 wurden alle Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, für Beschäftigte, die Mitglied einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind, Meldungen an eine Datenannahmestelle der berufsständischen Versorgungseinrichtungen auf elektronischem Weg zu erstatten. Von der ABV wurde als Datenannahme- und Verteilerstelle die "DASBV Datenservice für berufsständische Versorgungseinrichtungen GmbH" gegründet und aufgebaut. Die EFK Entwicklungsgesellschaft für Kommunikationssysteme GmbH, Bremen, hat die erforderlichen Programmierarbeiten für die Entgegennahme der elektronischen Meldungen und deren Weiterbearbeitung im Versorgungswerk erfolgreich durchgeführt. Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten in den ersten Monaten hat sich das Verfahren inzwischen sehr bewährt. Im Jahr 2009 sind insgesamt 42.943 elektronische Meldungen von der DASBV eingegangen, die dann im Hause entsprechend weiter bearbeitet wurden.

Änderung der Satzung des Versorgungswerks

Im ersten Halbjahr 2009 wurden verschiedene Vorschläge zur Änderung der Satzung vorbereitet. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer hat darüber am 22. Juni 2009 entschieden. Die beschlossene Änderung der Satzung wurde im Bremer Amtsblatt und per Rundschreiben allen Mitgliedern bekannt gemacht.

Rentenbezugsmitteilungsverfahren

In Erfüllung des per 01.01.2005 in Kraft getretenen Alterseinkünftegesetzes wurden die Meldungen über die in den Jahren 2005 bis 2008 vom Versorgungswerk bezogenen Leistungen im IV. Quartal 2009 elektronisch an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) abgegeben.

Im Hinblick auf die vorgenannte Meldepflicht des Versorgungswerks haben alle Rentenempfänger eine Bescheinigung über die Ihnen im Vorjahr zugeflossenen Leistungen unter Berücksichtigung der einzubehaltenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge erhalten.

Personal des Versorgungswerks (am 31.12.2009)

Geschäftsführung:

| | |
|---|-------------------------------|
| Geschäftsführer | Hermann Lohmann |
| Vermögensverwaltung, stellv. Geschäftsführerin | Annette Meyer (24 Stunden) |

Mitarbeiter/innen:

| | |
|---|----------------------------|
| Sekretariat/ Allgemeine Verwaltung | Katja Friedemann |
| Meldewesen/Beratung | Claudia Diering |
| Leiterin Rechnungswesen | Gisela Krüger (35 Stunden) |
| Buchhaltung, Zahlungsverkehr, Kasse | Ulrike Hübner |
| Beitragswesen, Renten, Rentnerkrankenversich., Rentenmeldeverfahren | Ludmila Bier |
| Beitragswesen, elektron. Arbeitgebermeldeverfahren | Agnes Jesse |

Eine Mitarbeiterin befindet sich in Elternzeit



Gremienverzeichnis

Mitarbeit in der Bundesärztekammer

Einmal jährlich tritt der Deutsche Ärztetag, das 250köpfige Parlament der Bundesärztekammer, an wechselnden Orten für vier Tage zusammen. Die Delegierten diskutieren aktuelle gesundheitspolitische Themen und verabschieden wichtige Mustersatzungen wie z.B. die Muster-Weiterbildungsordnung oder Muster-Berufsordnung.

Jede Landesärztekammer entsendet im Verhältnis ihrer Mitgliederstärke eine bestimmte Anzahl Delegierter zum Deutschen Ärztetag, die in jedem Jahr neu bestimmt werden.

Bremer Delegierte des Deutschen Ärztetages 2009

Hubert Bakker
Dr. med. Heidrun Gitter
Dr. med. Johannes Grundmann
Dr. med. Jörg Herrmann
Dr. med. Tim Hülskamp (Stellvertreter)
Dr. med. Klaus-Dieter Wurche (Stellvertreter)

Vertreter der Ärztekammer Bremen in den Gremien der Bundesärztekammer

Neben dem Vorstand der Bundesärztekammer, der aus den Präsidenten der Landesärztekammern besteht, und der hauptamtlichen Verwaltung existieren auf der Ebene der Bundesärztekammer zahlreiche Ausschüsse, Ständige Konferenzen (StäKo) und andere Gremien, die den kontinuierlichen Austausch der Landesärztekammern sicherstellen sollen. In diesen Gremien arbeiten zahlreiche Vertreter der Ärztekammer Bremen mit.

| | |
|---|---|
| Deutsche Akademie für Allgemeinmedizin | Dr. med. Hans-Michael Mühlenfeld |
| Deutsche Akademie der Gebietsärzte | Dr. med. Manfred Neubert |
| Deutscher Senat für ärztliche Fortbildung | Prof. Dr. med. Jürgen Freyschmidt Dr. med. Susanne Hepe |
| Finanzkommission | Dr. med. Ernst-Gerhard Mahlmann PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Ärztliche Versorgungswerke“ | Dr. med. Karsten Erichsen Dr. med. Klaus-Ludwig Jahn |
| Ständige Konferenz „Arbeitsmedizin“ | Dr. med. Bettina Stein |
| Ständige Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Brigitte Bruns-Matthießen |
| Ständige Konferenz „Zur Beratung der Berufsordnung für die deutschen Ärzte“ | Dr. med. Jörg Hermann PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Europäische Angelegenheiten“ | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche (Vorsitzender) PD Dr. jur. Heike Delbanco |



| | |
|--|---|
| Ständige Konferenz „Vertreter der Geschäftsführungen der Landesärztekammern“ | PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Ethikkommissionen der Landesärztekammern“ | Prof. Dr. med. Herbert Rasche PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Prävention und Gesundheit“ | Hubert Bakker Franz-Josef Blömer |
| Ständige Konferenz „Gesundheit und Umwelt“ | Hubert Bakker Franz Josef Blömer |
| Ständige Konferenz „Gutachterkommissionen/ Schlichtungsstellen“ | Prof. Dr. med. Michael Heine PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Krankenhaus“ | Dr. med. Heidrun Gitter Brigitte Bruns-Matthießen |
| Ständige Konferenz „Medizinische Fachberufe“ | Dr. med. Hans-Michael Mühlendorf |
| Ständige Konferenz „Öffentlichkeitsarbeit“ | PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz „Qualitätssicherung“ | PD Dr. jur. Heike Delbanco |
| Ständige Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern | RA Wolf Martin Nentwig PD Dr. jur. Heike Delbanco |

Gremien der Ärztekammer Bremen

Vorstand

| | |
|-----------------|---|
| Präsident | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche |
| Vizepräsidentin | Dr. med. Heidrun Gitter |
| | Hubert Bakker Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Jörg Hermann |



Delegierte

| | |
|---|--|
| Marburger Bund | Dr. med. Heidrun Gitter Dr. med. Martin Rothe Aicha Charimo Torrente Jörn Sannemann Dr. med. Tim Hülskamp Dr. med. Manfred Kölsch Dr. med. Jörg Gröticke |
| Bremer Ärzte-Gemeinschaft | Dr. med. Jörg Hermann Dr. med. Till Spiro Dr. med. Immo Pape Bettina Rakowitz Dr. med. Manfred Neubert Dr. med. Andreas Umlandt |
| Bremer Hausarztliste | Dr. med. Hans-Michael Mühlenfeld Hubert Bakker Dr. med. Alfred Haug |
| Neue Hausarztliste | Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Gerd Praetorius Dr. med. Stefan Trapp |
| Ärztinnen | Franziska Büge Dorothea Jungkamp |
| Ärztliche Psychotherapeutinnen/ -therapeuten | Christian Warrlich Dr. med. Mura Kastendieck |
| Ärzte in Bremen | Dr. med. Iris Steck |
| St.-Joseph-Stift-Liste | Dr. med. Tadeusz Slotwinski |
| Ärztinnen und Ärzte Bremerhaven | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Lutz Graf |
| Ambulante Medizin Bremerhaven | Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Rembert Mammes |

Ausschüsse und Gremien

Akademie für Fort- und Weiterbildung

| | |
|------------------|---|
| Vorsitzender | Professor Dr. Jürgen Freyschmidt |
| | Franziska Büge Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Alfred Haug Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Klaus-Dieter Schulze Dr. med. Till Spiro Christian Warrlich |
| Geschäftsführung | Dr. med. Susanne Hepe |

Ausschuss „Ärztinnen“

| | |
|------------------|--|
| Vorsitzende | Frau Dr. med. Doris Börger |
| | Atoussa Bayanifar Franziska Büge Dr. med. Karin Eberhardt Angelika Fusch-Fornaçon Katja Hitzegrad Dorothea Jungkamp Dr. med. Andreas Umlandt Dr. med. Carmen-Sylvia Wischnewsky |
| Geschäftsführung | Dr. med. Susanne Hepe |



Ausschuss „Ärztliche Weiterbildung“

| | |
|-------------------|---|
| Vorsitzender | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche |
| Stv. Vorsitzender | Dr. med. Wolfgang von Heymann |
| | Dr. med. Mathias Börger Dr. med. Heinrich Eitmann Dr. med. Henning Hammerschmidt Dr. med. Mura Kastendieck Bettina Rakowitz Walter Schimmler Dr. med. Mohammad-Reza Sedigh-Rahim-Abadi Dr. med. Stefan Trapp |
| Geschäftsführung | Brigitte Bruns-Matthießen |

Berufsbildungsausschuss

| | |
|-----------------------|--|
| Arbeitgebervertreter | Dr. Hans-Michael Mühlenfeld (stellv. Vorsitzender) Dr. Simone Cepek Dr. med. Manfred Neubert Dr. med. Martin Leugner Stephan Schlenker |
| Arbeitnehmervertreter | Susanne Reich-Emden (Vorsitzende) Marlene Henrici Elke Lemke Sieglinde Baumann Karin Hilker Ursula Symann |
| Lehrer | Marion Hibbeler Helmut Zachau Rudolf Schmelter Gisela Bauche Margrit Volkmann Birgit Günemann |
| Geschäftsführung | Anja Neumann |

Beschwerdeausschuss

| | |
|------------------|---|
| Vorsitzender | Gerhard Ellereit |
| | Dr. med. Uwe Aldag Dr. med. Bernward Fröhlingsdorf Dr. med. Jörg Gröticke Dr. med. Johannes Grundmann Dr. med. Harri Korschanowski Bettina Rakowitz Dr. med. Friedrich Roehl Dr. med. Renate Ronski Dr. med. Tadeusz Slotwinski Irene Suschko-Kück |
| Geschäftsführung | Andreas Laesch |

Ethikkommission (bis 30. September 2009)

| | |
|------------------|---|
| Vorsitzender | Dr. med. Ulrich Kütz |
| | Prof. Dr. med. Manfred Anlauf Prof. Dr. med. Herbert Rasche Dr. med. Ulrich Irle Dr. med. Eva Ramsauer Annegret Derleder (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter) |
| Geschäftsführung | Gudrun Digby-Worsley |



Ethikkommission (ab 1. Oktober 2009)

| | |
|-------------------|---|
| Vorsitzender | Prof. Dr. med. Herbert Rasche |
| Stv. Vorsitzender | Prof. Dr. med. Manfred Anlauf |
| | Prof. Dr. med. Hannsjörg Bachmann Dr. med. Eva Ramsauer Dr. med. Christian Strube Ursula Schumann (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter) |
| Geschäftsführung | Angelika Reuke |

Finanzausschuss

| | |
|------------------|---|
| Vorsitzender | Dr. med. Ernst-Gerhard Mahlmann |
| | Dr. med. Klaus Albrecht Franziska Büge Dr. med. Tim Hülskamp Dr. med. Immo Pape Dr. med. Gerd Praetorius Ingor Schrieber Professor Dr. med. Hartmut Zschiedrich |
| Geschäftsführung | PD Dr. jur. Heike Delbanco Andreas Laesch |

Ausschuss „Krankenhaus“

| | |
|------------------|---|
| Vorsitzende | Dr. med. Heidrun Gitter |
| | Aicha Charimo Torrente Dr. med. Markus Ebke Dr. med. Lutz Graf Marc Hanefeld Dr. med. Thomas Liebsch Dr. med. Michael Mühlenfeld Jörn Sannemann PD Dr. med. Wolfgang Sendt Eva Wihtol |
| Geschäftsführung | Brigitte Bruns-Matthießen |

Lebenspendekommission (bis zum 30. September 2009)

| | |
|------------------|--|
| Vorsitzender | Dr. med. Ulrich Kütz |
| | Annegret Derleder (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter) |
| Geschäftsführung | Gudrun Digby-Worsley |

Lebenspendekommission (ab dem 1. Oktober 2009)

| | |
|------------------|--|
| Vorsitzender | Prof. Dr. med. Herbert Rasche |
| | Ursula Schumann (Juristin) Henning Drude (Theologe) Dipl.-Ing. Jens Pursche (Patientenvertreter) |
| Geschäftsführung | Angelika Reuke |



Ausschuss „Neue Versorgungsformen“

| | |
|-------------------------|---|
| | Dr. med. Iris Steck Dirk Fornacon Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Jörg Gröticke Prof. Dr. med. Hans-Heinrich Heidtmann Dr. med. Till Spiro Jürgen Grewe Dr. med. Anne-Kathrin Nethe Prof. Dr. med. Dr. dent. Max Heiland |
| Geschäftsführung | Franz-Josef Blömer |

Ausschuss „Prävention“

| | |
|-------------------------|--|
| Vorsitzender | Hubert Bakker |
| | Dirk Fornacon Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Frank Hittmann Dr. med. Hans-Udo Homoth Dorothea Jungkamp Prof. Dr. med. Gerald Klose Dr. med. Johannes-Peter Mnich Dr. med. Joachim Wewerka Dr. med. Carmen-Sylvia Wischnewsky |
| ständige Gäste | Dr. med. Martin Götz Eberhard Zimmermann |
| Geschäftsführung | Franz-Josef Blömer |

Ausschuss „Qualitätssicherung“

| | |
|------------------|--|
| | Atousa Bayanifar Dr. med. Doris Börger Dr. med. Matthias Bormann Dr. med. Gerd Praetorius Dr. med. Vivian Frank-Schmidt Dr. med. Karl-Wilhelm Tischer Dr. med. Frans Zantvoort |
| Geschäftsführung | PD Dr. jur. Heike Delbanco |

Redaktionsausschuss (von der Ärztekammer benannt)

| | |
|--|---|
| | Dr. med. Klaus-Dieter Wurche Dr. med. Heidrun Gitter PD Dr. jur. Heike Delbanco Franz-Josef Blömer |
|--|---|

Schlichtungsausschuss

| | |
|------------------|--|
| Vorsitzende | Dr. med. Eva Ramsauer |
| | Dr. med. Guido Kirchgesser Dorothee Lübbert |
| Stellvertreter | Angelika Fusch-Fornacon Dr. med. Tadeusz Slotwinski |
| Geschäftsführung | PD Dr. jur. Heike Delbanco |



Pressebeirat Bremer Ärztejournal

Franz-Josef Blömer
 Dr. med. Thomas Brabant
 PD Dr. jur. Heike Delbanco
 Dr. med. Heidrun Gitter
 Dr. med. Johannes Grundmann
 Dr. med. Alfred Haug
 Dr. med. Martin Rothe
 Dr. med. Klaus-Dieter Wurche

Aufsichtsausschuss des Versorgungswerks

| | |
|-------------------|---|
| Vorsitzender | Dr. med. Martin Rothe |
| Stv. Vorsitzender | Prof. Dr. med. Hermann Holzhüter |
| | Dr. med. Horst Elbrecht Dirk Fornaçon Dr. med. Anna Gertrud Michael RA und Notar Wolf-Martin Nentwig (Justitiar) Fritz Lütke-Uhlenbrock (Bremer Landesbank) |

Verwaltungsausschuss des Versorgungswerks

| | |
|-------------------|--|
| Vorsitzender | Dr. med. Karsten Erichsen |
| Stv. Vorsitzender | Dr. med. Klaus-Ludwig Jahn |
| | Dr. med. Karin Eberhardt Kurt-Alexander Michael (Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG) Dr. med. Dorothea Probst Dr. jur. Ulf Schomburg (Vorsitzender Richter d. sog. Handelssenats am OLG Bremen i.R) |

Bezirksstelle Bremerhaven

Mitglieder der Bezirksstelle

| | |
|--------------|--|
| Vorsitzender | Dr. med. Klaus Dieter Wurche |
| | Dr. med. Iris Gerlach Dr. med. Lutz Graf Dr. med. Birgit Lorenz Dr. med. Rembert Mammes |

Fortbildungsausschuss

| | |
|-------------------|---|
| Vorsitzender | Dr. med. Klaus-Dieter Schulze |
| Stv. Vorsitzender | PD Dr. med. Andreas Ambrosch |
| | Prof. Dr. med. Manfred Anlauf Prof. Dr. med. Wolfgang Friedmann Prof. Dr. med. Hans-Heinrich Heidtmann Prof. Dr. med. Michael Heine Dr. med. Andreas Jansen Dr. med. Guido Kirchgesser Dr. med. Klaus Reichstein Dr. med. Axel Renneberg Prof. Dr. med. Ulrich Sander Dr. med. Hans-Joachim Schmeck-Lindenau Irene Suschko-Kück Dr. med. Gunnar Wagner Dr. med. Thomas Wasilewski Dr. med. Klaus-Dieter Wurche |



Ausschuss Gesundheitsinformation

| | |
|---------------------|---|
| Vorsitzender | Klaus Struck |
| | Dr. med. Hans Jürgen Gellermann Doraid Mouarrawy M. D. Henner Naumann Dr. med. Nikolaus Pross Wolfgang Rau Dr. med. Axel Renneberg Dr. med. Friedrich Roehl Prof. Dr. med. Ulrich Sander Hartmut Sieg Dr. med. Laura Steichele-Rudolf Dr. med. Dörte Würfel |

Ärztammer Bremen
Schwachhauser Heerstraße 30
28209 Bremen
www.aekhb.de